

Buchbinder-Zeitung

Erste Ausgabe Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Postgebühren. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 56, Roltbusferdamm 23 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro vierstellige Zeile 60 Pf.,
Stellenangebote 40 Pf.; für
Bandmitglieder 40 Pf., Verammlungsanzeigen 20 Pf., Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 33

Berlin, den 13. August 1910.

26. Jahrgang.

Klassenhaß und Arbeiterbewegung.

Den zahlreichen Gegnern der proletarischen Klassenkämpfe geht das Verständnis für die Ursachen und Triebkräfte der Klassenkämpfe ganz oder teilweise ab. Sie müssen daher — je nach dem Grade ihrer Unkenntnis — über die in der kapitalistischen Gesellschaft sich abspielenden Klassenkämpfe zu einem mehr oder weniger schiefen und unzutreffenden Urteil gelangen. In der Tat überbieten die verschiedenen Gruppen und Klassen einander in der Bekämpfung und Verleumdung der Klassenbewußt organisierten Arbeiter. Sie appellieren an den Unverstand und den Autoritätsglauben der breiten Massen, um sie gegen die proletarischen Klassenkämpfe scharf zu machen. Dabei werden die niedrigsten Instinkte untergehoben. Es ist ein starkes Stück, wenn von Vaterlandslösen und internationaler Staatsumstürzung gesprochen wird. Schlimm aber ist es, wenn gesagt wird, daß die Aufklärungsarbeit der Klassenbewußten Arbeiterklasse nichts als Verhetzung des Volkes sei. Und diese Verhetzung habe zum Zweck, künstlich Klassengegensätze und Klassenhaß im Volke zu erzeugen, um die Herrschaft schließlich mit Gewalt in die Hände der Umstürzler zu bringen. Das ist geradezu ein Hohn — und zugleich eine treffende Kennzeichnung — auf die Volksbildung der heutigen Gesellschaft. Das Treiben der Gegner der Klassenbewußten Arbeiterklasse ist aber nichts anderes als der Ausfluß des glühendsten und unverfälschten Klassenhaßes der besitzenden Klassen, der mit beglückter und wachsender Schärfe gegen die erwachende Arbeiterklasse genährt wird.

Fürwahr, es heißt doch zum mindesten die Dinge auf den Kopf stellen, wollte man die proletarischen Klassenkämpfe für den Klassencharakter und die unüberbrückbaren Gegensätze der kapitalistischen Gesellschaft verantwortlich machen. Die Klassengegensätze sind wahrlich keine Produkte der proletarischen Klassenkämpfe, aber die proletarischen Klassenkämpfe sind sehr wohl geschaffen durch die Produktionsweise des Kapitalismus.

Die Triebkraft der kapitalistischen Produktionsweise, die Mehrwertgewinnung, mußte die Produktionsmittel ständig verbessern und vergrößern. Die in das riesenhafte bezögerten Produktionsmittel paßten aber nicht mehr in den Rahmen der handwerksmäßigen Produktion hinein. So entwand der Kapitalismus dem Handwerker die Produktionsmittel und ließ das Handwerkertum in das Lohnproletariat versinken.

Der vom Lohnproletariat geschaffene Wert, der als ein neuer Wert im Produkt erscheint, ist größer als der Arbeitslohn. Das Produkt geht in den Besitz der Kapitalisten über. Die Kapitalistenklasse erhält im Produkt ein Mehr an Werten zurück. Dieses Mehr an Werten, Mehrwert, wird den eigentlichen Schöpfern — den Lohnarbeitern — vorenthalten. Der Mehrwert rührt her von der Ausbeutung der Lohnarbeiter. Und eben diesen Mehrwert ständig zu vergrößern, ist der Zweck und die Triebkraft der kapitalistischen Produktionsweise. Das Klassenbewußte Proletariat kennt die Triebkraft und kennt auch die Tatsache, daß nur der Besitz an Produktionsmitteln den Besitz an den erzeugten Produkten gewährleistet. Es liegt im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründet, menschliche Arbeitskraft an den angeeigneten Produktionsmitteln auszubeuten. Darum ist es sinnlos, die Kapitalistenklasse als die Urheber der Ausbeutung

besonders zu hassen, denn sie ist ja auch nur ein Produkt der kapitalistischen Entwicklung. Ebenso sinnlos ist es aber auch, die Gefundung der gesellschaftlichen Zustände und die Lösung der großen sozialen Frage durch das Predigen der sozialen Einigkeit unter der Kapitalistenklasse herbeiführen zu wollen. Es gilt, die Produktion durch die Ueberführung der Produktionsmittel in gesellschaftlichen Besitz auf eine gesunde Basis zu stellen. Denn nur der Besitz an den Produktionsmitteln gewährleistet den Besitz an den erzeugten Produkten.

Daher ist ein Klassenhaß bei den proletarischen Klassenkämpfern gar nicht vorhanden. Wohl aber ist ein wirklicher Klassenhaß bei den besitzenden Klassen zu finden, deren Existenz aufs engste mit der kapitalistischen Produktionsweise verknüpft ist. Die Arbeiterklasse wird zum gemeinsamen Feind der besitzenden Klassen, deren Interessen bei der Verteilung des Mehrwerts durchaus nicht zusammenfallen.

Solange der Kampf der Arbeiterklasse auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse gerichtet war, ohne die bewußte Änderung der Produktionsweise — also der gesellschaftlichen Zustände — zum Ziele zu haben, war er ein Kampf um den Anteil am Arbeitsvertrage. Die Kapitalistenklasse war nicht in ihrer Existenz bedroht, denn der Besitz an Produktionsmitteln sicherte ihr Mehrwert. Den Mehrwert verteilen die Kapitalisten unter sich, während die Lohnarbeiter im Arbeitslohn die Ware Arbeitskraft bezahlt erhalten. Und der Wert einer Ware richtet sich nach der zu ihrer Wiederherstellung gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Die Ware Arbeitskraft wird durch das Ueberangebot an Arbeitskräften unter ihrem Wert bezahlt. Dazu gesellte sich das Bestreben der besitzenden Klassen, die Bedürfnisse der Lohnarbeiter niederzuhalten und zu drücken, um einen möglichst geringen Aufwand von Arbeit (Lebensmitteln) zur Wiederherstellung der Ware Arbeitskraft machen zu müssen. Der Kampf der Arbeiter hatte schon ein erhebliches Interesse für die besitzenden Klassen, wenn er sich selbst nur darauf beschränkte, den vollen Arbeitslohn zu erhalten und die Bedürfnisse der arbeitenden Klassen zu steigern. Sobald die Arbeiterklasse durch die Erkenntnis der Triebkräfte der wirtschaftlichen Entwicklung dazu gebrängt wurde, die Entwicklungstendenzen der großkapitalistischen Produktionsweise auf die Fänge zu schreiben, wurden die besitzenden Klassen vom glühendsten Klassenhaß ergriffen. Denn die vom Proletariat angeführte Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel bedroht die Existenz der besitzenden Klassen.

Was liegt dem Klassenbewußten Proletariat daran, einen besonderen Haß auf die besitzenden Klassen zu werfen? Gar nichts! Durch das Schüren des Klassenhaßes hat das Proletariat ja nichts gewonnen. Die Kapitalistenklasse ist so gut ein Produkt der kapitalistischen Produktionsweise wie die Arbeiterklasse. Das wissen die zielbewußten Arbeiter sehr wohl. Darum kommt es für sie nicht darauf an, Klassenhaß zu hegen und zu verbreiten, sondern es kommt darauf an, das Grundübel an der Wurzel zu erfassen.

Es sollen die hochentwickeltesten Produktionsmittel beibehalten und in gesellschaftliches Eigentum umgewandelt werden.

Die Lohnbewegungen in der Etuisindustrie.

Den in unserem Verbands wie in der organisierten Arbeiterklasse allgemein geltenden Grundgesetzen gemäß sind auch die Etuisarbeiter an allen Orten, wo sie jetzt in der Lohnbewegung oder schon im offenen Kampfe stehen, stets bereit, sich auf dem Wege friedlicher Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu einigen und Tarifverträge abzuschließen, die auf Jahre hinaus eine feste Garantie für einen unge störten Fortgang der Produktion bieten. Voraussetzung dafür ist selbstverständlich, daß die Fabrikanten den Wünschen unserer Kollegen gegenüber auch das nötige Entgegenkommen zeigen. Wie die Sachen jetzt stehen, ist dies in Pforzheim und ebenso in Eisenberg durchaus nicht der Fall; es scheint, daß in beiden Orten unsere Kollegen sich genötigt sehen werden, ihren Forderungen durch Arbeitsniederlegung Nachdruck zu verleihen. In Rathenow dauert der Kampf noch fort; die Etuisarbeiterklasse ist selbstverständlich auch dort zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern bereit.

Eine etwas verständigere Haltung nehmen die Etuisfabrikanten in Berlin ein, wenigstens insofern, als sie das Verlangen unserer Kollegen nach Lohnaufbesserung als berechtigt anerkennen und in diesem Punkte Entgegenkommen zeigen. Damit, wie mit den Verhandlungen überhaupt, wie sie in Berlin gepflogen werden, ist der Weg betreten, der hier zu einer friedlichen Einigung führen kann. Das Ergebnis der weiteren Verhandlungen muß jedoch noch abgewartet werden. Im übrigen geben die nachstehenden Berichte eine Uebersicht über den Stand der Bewegung in den verschiedenen Orten.

Eisenberg. So hat es doch glücklich die „geniale“ Taktik des Verbandes der Etuisfabrikanten dahin gebracht, daß auch in Eisenberg höchstwahrscheinlich der Streit ausbrechen wird, weil man an dem verfehlten Eisenacher Beschlusse festhalten und nur mit „unseren Leuten“ verhandeln will. Eifrig ist man im Fabrikantenverband an Werke, wegen der „brennend gewordenen Arbeiterfrage einerseits und der Preisfrage andererseits eine geschlossene und starke Organisation“ zu schaffen und sieht dabei anscheinend nicht ein, daß die „Preisfrage“, d. h. die Regelung der Verkaufspreise ohne eine gerechte Regelung der Lohnfrage gar nicht zu lösen ist. Und weshalb eine groteske Idee: während man die eigene Organisation möglichst stark zu machen sucht, um die „brennend gewordene Arbeiterfrage“ einseitig zu lösen, versucht man die Arbeiterorganisation völlig für diese ihre wichtigste Aufgabe auszuspalten. Daß ein solcher Versuch mißlingen muß, ist in Anbetracht des 2600 Mitglieder starken Buchbinderverbandes selbstverständlich, zumal die verhältnismäßig kleine Gruppe der Etuisarbeiter gut organisiert ist und sich eine solche Probotation von Seiten des Fabrikantenverbandes nicht gefallen läßt.

In einer am Freitag, den 5. August, in Eisenberg stattgefundenen Versammlung der Etuisarbeiter, die äußerst stark besucht war, in der der Verbandsvorsitzende Roth referierte und der Bezirksleiter Zinke anwesend war, wurde nach eingehender Debatte beschlossen, die Kündigung bei allen denjenigen Firmen einzureichen, die zu keiner Verständigung bereit sind. Die betreffende Resolution wurde den Etuisfabrikanten durch nachfolgendes Schreiben unterbreitet:

„An die Herren Etuisfabrikanten in Eisenberg.
Wir bekennen uns im Besitze Ihres Schreibens vom 4. August 1910 und erwidern darauf, daß durch die von Ihnen angeführten Gründe die Etuisarbeiter Eisenbergs nicht eines anderen belehrt worden ist und daher auch nicht von ihrem

berechtigten Verlangen nach einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen Abstand nehmen kann.

Sie selbst geben ja in Ihrem Schreiben unumwunden zu, daß Sie die Aufträge Ihrer Kundschaft deswegen erhielten, weil Sie wesentlich billiger sind als Ihre Konkurrenten in Hanau, Pforzheim und anderen Orten.

Aus freier Entschliessung hat daher die Arbeiterkassette in einer gestern abend stattgefundenen, äußerst stark besuchten Versammlung, nach eingehender Würdigung Ihrer Antwort in geheimer Abstimmung folgendes beschlossen:

Resolution.

„Die heutige, stark besuchte Versammlung der Eisenberger Etuisarbeiter und -Arbeiterinnen bedauert lebhaft die einer fast völligen Ablehnung unserer Forderungen gleichkommende Antwort der Prinzipale vom Schutzbund der Eisenberger Etuisfabrikanten und kann sich keineswegs damit zufrieden erklären.

Wir bemerken noch dazu, daß eine Kommission aus den Reihen Ihrer Arbeiter gewählt worden ist, die jederzeit bereit ist, mit Ihnen zu verhandeln, selbstverständlich unter Hinzuziehung von Vertretern unterzeichneter Verbände.

Einer Verlängerung eines Abkommens bis 1915 würden wir eventuell zustimmen.

Ihre gefällige Antwort wollen Sie gefälligst an Herrn Alfred Entz, Vorstzr. 16, senden.

Hochachtungsvoll

Robert Heinicke, Vertreter der Etuisistischer. Emil Kloth, Vorsitzender des Buchbinderverbandes.

Am Sonnabend, den 6. August, stattgefundenen Verhandlungen führten mit sechs Firmen, die 117 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen, zu einer Vereinbarung, die die Arbeitsbedingungen im wesentlichen wie folgt regelt:

Brüssel und seine Weltausstellung.

Plaundersien von Ad. Th.

J.

Mag es auch mit vollem Rechte nicht mehr für geschmackvoll gelten, dem Leser mit einem Zitat an den Hals zu springen, statt ihm eine kurze sachliche Einleitung zu servieren, so kann ich mir heute doch nicht helfen; ich muß in die alte Geschmackslosigkeit zurückfallen.

Zwar weiß ich viel, Doch möcht' ich alles wissen.

Das andere:

Wir wird von alledem so dumm,

Als ging mir ein Mühlrad im Kopfe herum.

Das erste stimmt nicht ganz. Wenigstens behaupten alle, denen das Malheur zugestoßen ist, mich näher kennen zu lernen, mit dem Wissen sei es so weit nicht her. Um so sicherer trifft das zweite zu. Das kann ich beschwören, ohne daß Stöcker hätte neinlich zu werden brauchen.

1. Arbeitszeit. Die tägliche Arbeitszeit ist eine 9stündige, außer an Sonnabenden und Vortagen von gesetzlichen Feiertagen, an denen sie nur 8 Stunden beträgt.

2. Löhne.

Der Mindestlohn beträgt ab 1. 10. 1. 1. 1. 7. 1910 1911 1913

a) für männliche Arbeiter

Table with 3 columns: Year, 1st half, 2nd half. Rows for 1st, 2nd, 3rd years and for all other workers.

b) für Arbeiterinnen

Table with 3 columns: Year, 1st half, 2nd half. Rows for 1st, 2nd, 3rd years and for all other workers.

c) für Hilfsarbeiter

Table with 3 columns: Year, 1st half, 2nd half. Rows for 1st year and for all other workers.

d) für Etuisistischer

im ersten Jahre nach der Lehrzeit bleibt der Mindestlohn der freien Vereinbarung überlassen; für die übrigen Gehilfen bis zum vollendeten 19. Lebensjahre beträgt der Mindestlohn 40 Pf.

Der Lohn für alle im Zeitlohn beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, welche die vorstehend aufgeführten Mindestlöhne bereits ganz oder annähernd erhalten, muß am 1. Oktober 1910 um so viel erhöht werden, daß derselbe Betrag wie bei einer 56 1/2 stündigen Arbeitszeit herauskommt.

3. Affordlohn.

Die jetzt gezahlten Affordlöhne sind am 1. Oktober 1910 um 5 Proz. und am 1. Juli 1913 um weitere 5 Proz. zu erhöhen.

herum. — So ergoht es jedem und bei jeder Ausstellung aufs Neue. Mein Mühlrad ist jetzt bereits zum vierten Male in Tätigkeit getreten: 1873 in Wien, 1889 und 1900 in Paris und nun hier in Brüssel.

Wie es sich für eine anständige Haupt- und Residenzstadt schickt, liegt Brüssel ziemlich genau in der Mitte von Belgien, das zwischen Nordostfrankreich und Holland eingebettet ist und mit seinen 7,5 Millionen Einwohnern ungefähr die doppelte Größe des Königreichs Sachsen besitzt.

Wer zu Söderzen aufgelegt ist, könnte jedem mit Erfolg entgegenreten, der von sich behauptet, er sei auf einem Wahnhose in Brüssel angekommen. Denn das eigentliche Brüssel weist keinen Bahnhof auf.

Für besonders schlecht entlohnte Affordarbeiten ist ein höherer Prozentsatz wie vorgeordnet zu zahlen bezw. auf diejenige Höhe zu bringen, wie die betreffenden Arbeiten in anderen Betrieben bezahlt werden.

Bei neuen Affordarbeiten ist mindestens der Stundenlohn des betreffenden Arbeiters bezw. der betreffenden Arbeiterin zu garantieren.

4. Dauer der Vereinbarung.

Die vorstehende Vereinbarung tritt am 1. Oktober 1910 in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 1. Juli 1915.

Werden bis zum 31. März 1915 keine Abänderungsanträge gestellt, so gilt diese Vereinbarung immer um ein weiteres Jahr verlängert, falls nicht bis zum 31. März eines jeden Jahres Abänderungsanträge gestellt werden.

Geündigt haben in den 15 anderen Firmen, meistens Verbandsfirmen, von 311 beschäftigten Werkstattarbeitern und -Arbeiterinnen 253, während die 102 Heimarbeiterrinnen, die keine Kündigung haben, spätestens am Sonnabend, den 13. August, die Arbeit niederlegen werden, wenn bis dahin keine Verständigung erzielt worden ist.

Der Geschäftsgang ist ein guter; auch sonst sind die Verhältnisse bedeutend günstiger als bei den Lohnbewegungen 1905 und 1907, so daß ein siegreicher Ausgang der Bewegung zu erwarten ist, wenn auch der Kampf lange dauern sollte.

Pforzheim. Zur Entgegennahme des Beschlusses über die weiteren Verhandlungen der Lohnkommission mit den Fabrikanten, versammelten sich die hiesigen Etuisarbeiter und Arbeiterinnen im Schwarzen Adler, am Montag, den 1. August. Den Bericht erstattete Kollege A. Dietrich. Derselbe führte aus, daß die Fabrikanten auf unser Ersuchen, so bald als möglich eine Verhandlung einzuberufen, geantwortet hätten, erst am Dienstag, den 2. August, in ihrer Versammlung Stellung nehmen zu können.

An diesem Tage nahm die im gleichen Lokale abgehaltene Versammlung zu der eingelaufenen Antwort der Fabrikanten Stellung. Kollege A. Dietrich berichtete folgendes:

Auf Grund der am 28. Juli angenommenen Resolution wurde seitens der Etuisarbeiterkassette versucht, mit den Arbeitgebern über die strittigen Punkte zu verhandeln. Kollege Dietrich erhielt folgendes Schreiben:

Schon vor neunhundert Jahren wurde die Stadt mit Mauern umgeben, deren letzte Reste noch heute zu sehen sind. Seit Jahrzehnten werden fleißig die alten, winzigen Stadtviertel weggerissen, und neue, schmude Straßenzüge sind entstanden.

Die schnell aus dem Boden schießenden Außenviertel der Stadt entsprechen in ihrem Bau sämtlich den Anforderungen der Neuzeit. Angenehm fällt auf, daß auch hier keine der jämmerlichen Mietkasernen zu sehen sind. Das hängt damit zusammen, daß in Brüssel die industriellen Großbetriebe nicht vorherrschen.

Hervorragende Bauwerke wären in reicher Zahl zu nennen. Sie finden sich zumeist in der Oberstadt, dem eigentlichen Brüssel, von dem aus ziemlich abschüssige Straßen nach den Boulevards und der Unterstadt führen. Der tiefste Bau ist der N u t i z a p a l a t. Er steht auf dem höchsten Hügelrücken der Stadt, erhebt sich mit seiner gewaltigen Stuppel 97,5 Meter über den Erdboden, bedeckt eine Fläche von 246 Ar, umfaßt über 200 Zimmer, 27 große Sitzungssäle, 8 Höfe, schier unzählige Korridore, Gänge und Nebentreppen, außer der riesigen Haupttreppe, die mit ihren 171 Stufen zur mächtigen Wandelhalle führt, hat 50 Millionen Frank

„Deutscher Buchbinderverband, Zahlstelle Pforzheim, z. Hd. Herrn Dietrich, hier.

Unter höflich. Bezugnahme auf unsere Zuschrift vom 30. Juli d. Z. beehren wir uns, Ihnen mitzuteilen, daß wir es nicht für nötig halten, an Stelle des feinerzeit zur Beilegung von Differenzen getroffenen Abkommens, die von Ihnen aufgestellte Vereinbarung treten zu lassen, die geeignet ist, von neuem Unruhe in unserem Gewerbe herbeizuführen, weil die Gewährung der Ihrerseits geforderten generellen Lohnerhöhung für uns gerabegu unmöglich ist.

Wir haben unseren Mitgliedern empfohlen, ihre Lohnbücher durchzugehen und dort Aufbesserungen vorzunehmen, wo dieselben durch entsprechende Leistungen angeeignet erscheinen.

Unsere Produktionsverhältnisse sind in den letzten Jahren aber derartig ungünstig geworden, daß es vollständig ausgeschlossen ist, Erhöhungen in dem von Ihnen gewünschten Umfange einzutreten zu lassen, da wir dadurch nicht mehr konkurrenzfähig sein könnten.

Eine Erhöhung unserer Verkaufspreise ist bei der gegenwärtigen Geschäftslage und bei der immer mehr fühlbar werdenden in- und ausländischen Konkurrenz nicht angegänglich.

Bezüglich der Arbeitszeit, der Meilarbeit usw., hatten wir auch fernerhin an den seit dem 1. Januar d. J. üblichen Gepllogenheiten fest.

Eine mündliche Verhandlung über die vorgelegenen Meinungsverschiedenheiten des feinerzeit getroffenen Abkommens halten wir nicht für nötig, da dieselben inzwischen gegenstandslos geworden sind. Vereinigung Pforzheimer Etuis- und Kartonnagefabrikanten für Pforzheim und Umgebung.

H. A. Kösch.

Der Referent ging auf die näheren Punkte der Antwort ein und behauerte den abweichenden Standpunkt der Fabrikanten. Dieselben wollten, scheint es, einen ersten Konflikt heraufbeschwören. Die beste Antwort der Arbeiter sei, die Kündigung einzuziehen. Doch sollte die Kollegenchaft sich genau überlegen, ob sie gewillt ist, diesen ersten Schritt auszuführen und alle daraus entstehenden Konsequenzen auf sich zu nehmen. Die Ausführungen des Referenten wurden mit großem Beifall entgegengenommen.

In der nun folgenden Debatte erklärten sich alle mit Ausnahme von zwei Rednern für die sofort einzuziehende Kündigung. Die Ansicht der anderen zwei Kollegen ging dahin, den Fabrikanten bis Anfang nächster Woche noch einmal Frist zur Heberlegung zu geben. Sollte dann eine friedliche Beilegung nicht herbeigeführt werden, so sei am Samstag, den 13. August, geschlossen die Kündigung einzuziehen. Hierauf wurde folgende Resolution eingebracht und einstimmig angenommen.

Die heute, den 5. August, im „Schwarzen Adler“ tagende öffentliche Etuisarbeiterversammlung nimmt Kenntnis von dem Antwortschreiben der Vereinigung Pforzheimer Etuis- und Kartonnagenfabrikanten auf die von der Etuisarbeiterchaft eingereichten Forderung.

(40 Millionen Mark) an Baukosten verschlungen und wird von den Brüsseler stolz als das größte Gebäude der Welt bezeichnet. Er ist vor 25 Jahren nach 17-jähriger Bauzeit vollendet worden, prägenziert sich in reicher, klarer Gliederung und erinnert in seiner Architektur an altägyptische und babylonische Bauwerke. Daß die im Justizpalast geübte Rechtspflege so rein wäre wie der Stil des Gebäudes, kann nicht behauptet werden, wenn auch die belgische Justiz infolge der demokratischer Grundgesetze Belgiens nicht im gleichen Umfange wie in Deutschland als bequemcs Instrument der Massenherrschaft benutzbar ist. — Hübsche Parks mit Spielplätzen für die Kinder sind in allen Teufen der Stadt zu finden. In der Nähe des Schlosses, des Rathauses und anderer öffentlicher Gebäude erheben sich Denkmäler für Gutzwiller von Bouillon, für Camont und Hoorn und andere Männer, die in der Geschichte des Landes eine Rolle gespielt haben. Besonders interessant ist für Besucherverständige die Grotte, in der die vielen alten Kirchen gehalten sind. Eine Kirche ist neuerdings vom Magistrat wegen Verkaufslücke geschlossen worden. Sie dient jetzt zu kinematographischen Aufführungen.

Aber das Leben und Treiben in Brüssel wird bei anderer Gelegenheit noch einiges zu sagen sein. Der Gesamteindruck, den die Stadt macht, ist jedenfalls ein recht angenehmer und erinnert ebensowohl an Budapest wie an Kopenhagen und Stockholm.

Im Südboten der Stadt, jenseits des Stadtwaldes (Bois de la Cambre), breitet sich nach vor wenigen Jahren ein hügeliges Gelände aus, an dessen Bebauung niemand geru gefehen wollte, weil jede direkte Verbindung mit der Stadt fehlte und die Terrainverhältnisse zu ungünstig erschienen. Als jedoch Brüssel sich entschlossen hatte, eine Weltaus-

Die Versammlung bedauert, daß den gewiß maßvollen Forderungen der Etuisarbeiterchaft auch nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt wird. Die Versammlung sieht in dem Weichen eines Abkommens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Garantie für friedliche Verhältnisse im Gewerbe, sie erklärt deshalb, an ihrer Forderung unter allen Umständen festhalten zu müssen und wird nötigenfalls mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln versuchen, ein Abkommen zum Abschluß zu bringen. Die Forderung auf eine generelle Lohnerhöhung entspricht Billigkeitsgründen und gründet sich auf die verheerende Lebenshaltung, deshalb muß daran festgehalten werden.

Die Versammlung erklärt sich nach wie vor zu einer friedlichen Verständigung bereit, wird aber bei weiter absehender Haltung der Arbeitgeber die richtigen Schritte zu wählen wissen. Die Lohnkommission wird beauftragt, vorstehende Resolution der Vereinigung der Arbeitgeber zu unterbreiten und um Abgabe der Entscheidung bis zum 10. August 1910 früh zu ersuchen.

An den Fabrikanten Pforzheims wird es nun liegen, ob sie gewillt sind, in Frieden zu unterhandeln oder ob sie den Kampf wünschcn. Die hiesige Etuisarbeiterchaft hat jetzt oft und lange genug die Hand zum Frieden gereicht. Betrachtet man das letzte Schreiben der Herren Fabrikanten, so kann man so recht die Rücksichtslosigkeit derselben sehen, sonst könnten sie nicht in einem getroffenen Abkommen oder Erneuerung einer Vereinbarung „von neuem Unruhe in unserem Gewerbe erkliden.“ Ein eifriges Studium von Tarifabschlüssen dürfte den Herren angelogentlich empfohlen sein. Die jahresheime Antwort reicht sich würdig denen vom Jahre 1908 an, die noch allen Kollegen in Erinnerung sein dürfte. Daß man aber auch wieder versucht, Unruhe in die Reihen der Kollegen zu tragen, geht aus dem hervor, daß in einzelnen Betrieben Aufbesserungen vorgenommen wurden in der Höhe von 1-2 Pf. Aber nicht für alle im Betriebe Beschäftigten, sondern nur für einzelne. Was soll dies anders bedeuten? Diese Woche muß die Entscheidung fallen. Der Stein ist im Rollen, ein Aufhalten ist unmöglich. Durch Kampf zum Sieg!

Bei der nicht der Fabrikantenvereinigung angehörenden Firma Grumbach hat am letzten Samstag das ganze Personal die Kündigung eingereicht. Herr Grumbach hatte auch Einzelaufbesserungen vorgenommen und Verhandlungen mit uns abgelehnt. Das Personal beicht aus 20 bis 25 Beschäftigten. Möge das einmütige Vorgehen der dortigen Kollegen und Kolleginnen ein gutes Beispiel für die in anderen Betrieben stehende Arbeiterchaft sein.

Berlin. Nachdem die Etuisarbeiter in der Versammlung am 27. Juni die Kündigung des mit dem Verbande Berliner Etuisfabrikanten abgeschlossenen Tarifvertrages vom 14. Oktober 1907 beschlossen hatten, wurden am 7. Juli die Forderungen aufgestellt. Verlangt wird die Bekräftigung der wöchent-

lichen Arbeitszeit von 53 auf 51 Stunden. An Mindestlöhnen soll vom 1. Oktober ab gezahlt werden: Für Etuisarbeiter 59 Pf. für die Stunde (bisher 54 Pf.), im ersten Gehilfenjahr 50 Pf. (bisher 43 Pf.), für Tischler und Kartuschleger 62 Pf. (bisher 57 Pf.), im ersten Gehilfenjahr 52 Pf. (bisher 43 Pf.), für Arbeiterinnen in den ersten sechs Monaten ihrer Tätigkeit in der Branche 23 Pf. (bisher 20 Pf.), im siebensten bis neunten Monat 26 Pf. (bisher 23 Pf.), nachdem bis zum Ablauf eines Jahres 30 Pf. (bisher 26 Pf.) Im zweiten Jahre ihrer Tätigkeit sollen sie 35 Pf. (bisher 30 Pf.) und vom Beginn des dritten Jahres ab 40 Pf. (bisher 35 Pf.) erhalten. Erhöhung sämtlicher Löhne um 5 Pf. pro Stunde. Montagearbeiten sollen künftig von der ersten Stunde ab mit einem Zuschlag von 20 Pf. bezahlt werden, anstatt wie bisher mit 15 Prozent von der fünften Stunde ab.

§ 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches hatte bisher insofern Wirksamkeit, als bei Arbeitszeiterhöhungen zwecks Erfüllung militärischer Pflichten bis zu drei Stunden entschädigt wurden. Diese Wirksamkeit des § 616 B. G. B. soll nunmehr auch auf Verfassungen bei Erfüllung sonstiger staatlichen und kommunalen Pflichten ausgedehnt werden. Des weiteren ist gegenüber dem bisherigen Betrage das Verbot der Afford- und Heimarbeit vorgegeben. Die Arbeitsvermittlung im Gewerbe soll paritätisch geregelt werden. Desgleichen soll die Lehrlingskala geändert werden. Bisher durften bei 3 Gehilfen 2, bei 6 Gehilfen 3, bei 10 Gehilfen 4 und bei 15 Gehilfen 5 Lehrlinge gehalten werden. Künftig sollen auf 5 Gehilfen 2, auf 10 Gehilfen 3 und auf 20 Gehilfen und mehr nicht mehr als 4 Lehrlinge entfallen. Der Vertrag soll bis zum 30. September 1913 Geltung haben. Diese Vorschläge der Arbeitnehmervertreter in der Schlichtungskommission, die mit der Ausarbeitung des neuen Tarifentwurfs beauftragt waren, gingen jedoch der Versammlung nicht weit genug. Einige weitergehende Anträge wurden angenommen. Nachdem die Vertrauensleute nochmals sämtliche Forderungen geprüft und reichlich erwogen hatten, wurde die Kommissionsvorlage noch durch die Forderung ergänzt, daß am 1. Oktober 1911 sämtliche Löhne abermals um 2 Pf. pro Stunde erhöht werden sollen, und den Arbeitgebern zugestell. Am 5. August kam es zu den ersten Verhandlungen zwischen den Vertretern der Parteien. Die Arbeitgeber waren durch den Generalsekretär Raffe, der Vorsitzender des Verbandes Berliner Etuisfabrikanten ist, und die Etuisfabrikanten Richter und Dembinski vertreten. Gleich einleitend bemerkte Herr Raffe, der die Leitung der Verhandlungen übernommen hatte, daß sich die Herren Arbeitgeber auf die Begründung der Forderungen der Arbeitnehmer nicht erst einlassen wollen. Denn sie ist ihnen ja hinreichend bekannt. Bei den gesteigerten Leuerungsverhältnissen müsse zugegeben werden, daß eine Lohnzulage am Platze erscheint, jedoch können die Bemilligungen nicht ins Nirclöse gehen. Die Arbeitgeber haben in ihrer letzten Sitzung beschlossen, eine Zulage auf sämtliche Löhne und auch auf die Minimallohne von 2 Frag. in jedem der

als 25 000 Aussteller haben ihr Bestes nach Brüssel gekandt, und außer Belgien geben sich elf Staaten auf der Ausstellung ein Stellbilden. Neben Deutschland sind es Frankreich, England, Italien, Desterreich, Holland, Dänemark, die Schweiz, Türkei, Persien und das kleine Luxemburg. Daß Belgien für sich den weissen Platz in Anspruch genommen hat, ist nicht verwunderlich, bedeutete auch keine Ueberborteilung der anderen Länder, da jedes derselben soviel Land zugewiesen erhielt, als es beanspruchte: Frankreich 39 000 Quadratmeter, Deutschland 35 000, England 22 000, Italien 12 000, Holland 6000 usw. — Amüsant war, daß England erst dann zu einer stärkeren Teilnahme sich entschloß, als bekannt geworden war, daß die deutsche Industrie auf der französischen in Brüssel einen kräftigen Konkurrenzkampf ausfechten wolle. England hat bisher auf den Weltausstellungen nie ein Bild seiner vollen Industrie gegeben. Es war immer nur durch einzelne Zweige vertreten. Sein Bewußtsein, in der Industrie die unbestrittene Welt-herrschaft zu besitzen, schien so stark ausgeprägt zu sein, daß das englische Kapital mehr aus Herablassung als zur Geltendmachung seiner führenden Stellung auf den Weltausstellungen erschien. Nun hat sich jedoch zweifellos die Welt etwas gedreht. Die Industrien Deutschlands und Frankreichs, auf einzelnen Gebieten auch die Industrie Italiens, haben auf dem Weltmarkt in letzten Jahrzehnt so bemerkbare Erfolge errungen, daß der englischen Industrie um die Unabstößbarkeit ihrer Weltmachtstellung doch lange werden mußte. So kommt es, daß England in Brüssel größere Anstrengungen gemacht hat als jemals zuvor, sein Können auf allen industriellen Gebieten zu zeigen.

(Fortsetzung folgt.)

drei Vertragsjahre zu gewähren. Die Lohnaufbesserung sei jedoch für die Arbeiter die Hauptsache. Alle anderen Forderungen gehören nach seiner Ansicht nicht in den Tarifvertrag. Die Arbeitgeber haben sich mit ihnen nicht weiter beschäftigt.

Die von Herrn Rasse vorgetragenen Ansichten mußten aber wohl nicht mit denen der Fabrikanten völlig übereinstimmen. Während er eine weitere Ausprägung nach Möglichkeit vermeiden wissen wollte, wünschten jedoch die anderen beiden Herren eine solche, in die auch eingetreten wurde. Hinsichtlich der Forderung auf Arbeitszeitverkürzung lehnten aber die Herren jedes Entgegenkommen ab. Auch bezüglich der Lohnaufbesserungen gingen sie über ihr Angebot nicht hinaus, obwohl dasselbe von den Arbeitgebervertretern wiederholt als unannehmbar bezeichnet wurde. Die Herren versteckten sich hinter den Beschlüssen ihres Verbandes, über die sie nicht hinausgehen durften. Der § 616 B. G. B. sollte auch nicht mehr die bisherige Wirksamkeit haben, nach längerem Unterhandeln erklärten ihn aber die Arbeitgeber, wie bisher beibehalten zu wollen. Montagearbeiten wollen sie künftig, wenn sie mehr als zwei Stunden in Anspruch nehmen, mit 20 Proz. Aufschlag bezahlen. Eine Verhandlung über die paritätische Arbeitsvermittlung konnte nicht stattfinden, da Herr Rasse hierzu den beiderseitigen Vertretern die Möglichkeit durch die Erklärung nahm, daß ja der Verband Berliner Eisfabrikanten dem Bunde der Arbeitgeberverbände angeschlossen sei und dessen Satzungen verbieten den ihm angeschlossenen Verbänden, mit den Arbeitnehmerverbänden gemeinsame Arbeitsnachweise einzurichten und zu unterhalten. Wollten die Herren Fabrikanten dieser Frage näher treten, so würden sie gegen diesen Beschluß verstoßen. Dabei belichte Herr Rasse die paritätische Nachweise als die „Judikatur für die Arbeitgeber“ zu bezeichnen. Auch die Bestimmung, daß bessere Arbeitsbedingungen bestehen bleiben sollen, wollen die Arbeitgeber nicht in vollem Umfange bestehen lassen. Bei einer der größeren Firmen — die für eine Zeilang aus der Arbeitgeberorganisation ausgeschieden war, jetzt aber wieder beigetreten ist — werden seit 10 Jahren die geschlichen Feiertage bezahlt. Das soll künftig nicht mehr geschehen. Ueber die Frage selbst wurde jedoch zunächst nicht weiter verhandelt, da der beteiligte Arbeitgeber zu den Verhandlungen nicht erschienen und sich in letzter Stunde entschuldigte.

Obwohl das Gesamtergebnis der Verhandlungen von den Arbeitgebervertretern als nicht befriedigend bezeichnet wurde und dessen Ablehnung durch die Arbeiterschaft zweifellos sei, wurden weitere Zugeständnisse nicht gemacht; man begnügte sich mit dem Hinweis, daß man ja noch nicht das letzte Wort beisammen gewesen ist. Am 11. August wird die Kollegenchaft die Antwort geben.

Die Streikkugel.

? Aller Fortschritt, alle Kultur geht vom Westen aus. Das haben uns die Gelehrten oft versichert. So hat die Wiege der kapitalistischen Wirtschaftsweise in England gestanden, und ihre legitimen Kinder, die modernen Gewerkschaften, haben sich dort zuerst kräftig gerührt. In politischer Hinsicht hat Frankreich seit langem die Führung; es genügt, an den weltumwälzenden Einfluß der großen Revolution zu erinnern. Die parlamentarische Regierung ist, wie ja auch in England, durchgeführt. Die demokratische Republik herrscht. Trotzdem sehen wir hier immer wieder das lehrreiche Schauspiel, wie die Machtmittel des Staates der modernen Arbeiterbewegung gegenüber angewandt werden, wie das Militär sowohl in politischen wie wirtschaftlichen Kämpfen die Schutztruppe der Herrschenden bezw. des Unternehmertums gegen den inneren Feind bildet. Die letzten Jahre sind voll von Beispielen dieser Art; sie beweisen deutlich wie beiläufig bemerkt sei —, daß die politische Freiheit allein es nicht tut, daß Erfolge nur von starken, festgeschlossenen Organisationen errungen werden können, daß namentlich auf gewerkschaftlichem Gebiete sich der republikanische und königstreue Kapitalismus als Verdränger darstellen, die nicht zu unterscheiden sind. Leider ist die Zerplitterung der Arbeiterbewegung in Frankreich zu Haus; das leidenschaftlichere Temperament scheint dort häufig die kühle Vernunft an ihrer zusammenfassenden Herrschaft zu hindern. Um so schwerer natürlich die Arbeit der Gewerkschaften, um so schwieriger für sie, sich dem brüderlich vereinigten Unternehmertum und Militarismus gegenüber zu behaupten und Erfolge zu erzielen.

Von dieser speziellen Note abgesehen, ist das Bild in allen Ländern mit kapitalistischer Kultur das gleiche: die bewaffnete Macht, Militär und Polizei, steht immer auf der Seite des Unternehmertums und der sogenannten Arbeitswilligen, mag ein Streik sich auch um die Abschaffung des himmelstreichenden Unrechts drehen, mögen die Herren und ihre verkommnen proletarischen Hand-

langer sich auch so provozierend wie nur möglich benehmen. Wir in Deutschland brauchen ja nur an Mansfeld zu denken, wo die Arbeiter sich das gesetzliche Recht auf Organisation erringen wollten und auf die geeinigte Phalanx des Kapitals, der bewaffneten Macht und der Justiz fließen! Wenn es trotzdem nicht zu großem Blutvergießen gekommen ist, so hat man das dem Einfluß der Arbeiterorganisationen in erster Linie zu danken, die besser als ihre Gegner wissen, daß wirtschaftliche Kämpfe nicht auf der Straße entschieden werden.

Man darf aber wohl auch annehmen, daß viele der Offiziere, die die Truppen gegen den „inneren Feind“ führen müssen, nicht sehr erbauet von dieser Aufgabe sind; denn daß man hier keine Lorbeeren ernten kann, liegt auf der Hand, handelt es sich doch darum, eine wehrlose Menge mit Maschinen-gewehren und scharfgeladenen Flinten zu dezimieren. Und dann: so eine einzige Kugel, die „gut“ trifft, durchschlägt unter Umständen ein halbes Dutzend Menschen auf einmal, und wo ein paar Maschinengewehre speien, werden die Leiber reihenweise fallen. Die Fürchterlichkeit eben dieser Geschosswirkung mag zuweilen selbst auf robuste Soldatengemüter ihre hemmende Wirkung ausüben, bei dem moralisch fühlenden Offizier wird sie sicher oft das todringende Kommandowort zurückhalten.

Offenbar sind es ähnliche Erpägungen gewesen, die nun zu der verblüffenden Erfindung einer „Streikkugel“ geführt haben. Auch dieser „Kulturfortschritt“ kommt aus dem westlichen Europa. Wie der Pariser Korrespondent des „Vorwärts“ berichtet, haben französische Techniker der Schießschule von Chalons ein Geschos konstruiert, das sich durch eine besonders „milde Wirkung“ auszeichnet. Die bisher aus dem Lebelgewehr versandten Kugeln durchbohrten noch auf eine Entfernung von 1500 Metern sechs Menschen. Nun unterscheidet so ein Meier- oder Stahlstiel bekanntlich nicht zwischen Streikern und Nichtstreikern. Der am „Kriegsschauplatz“ vorübermanöbelnde „ruhige Bürger“ kam in Gefahr, von einer vaterländischen Kugel getroffen zu werden. Solche Vorkommnisse pflegen nicht patriotisch aneifernd zu wirken; in parlamentarisch regierten Ländern kann darüber unter Umständen eine ganze Regierung fallen. So zerquälten sich denn die Militärtechniker ihr Hirn und erfanden die Aluminiumkugel, ein Geschos, das innen hohl ist, nur 500 Meter weit trägt und Hühnerwunden erzeugt. Es zerspringt beim Aufprallen und wird deshalb in der Regel nur eine Person kampfunfähig machen. Verschiedene Schildwachen sollen mit dieser entzündenden Erfindung der Menschheit ausgerüstet werden, vor allem aber ist sie dazu bestimmt, widerspenstige Arbeiter in Streikgebieten zur Maison zu bringen. Daß dies die Hauptsache ist, geht auch aus dem Namen hervor: „Streikkugel“ ist das neue Geschos von den Militärs selbst getauft worden!

„Streikkugel“

Wenn jemand etwa die Absicht gehabt hätte, das ganze Gland unserer kapitalistischen Wirtschaftsweise in einer bissigen Satire an den Pranger zu stellen — er hätte nur die Geschichte von der Streikkugel zu erfinden brauchen. Für den, der lesen kann, offenbart sich in diesem einen nichts-würdigen Wort der ganze Charakter unserer heutigen Gesellschaft. Es ist eine unbedachte Selbstverhöhnung ohne gleichen, ein blendendes Bild aus dem Spiegel, in dem der „soziale Staat der Gegenwart“ sich selbst mit hochachtungsvoller Verbeugung begrüßt. Warum streift man? Doch wohl, um nicht zu hungern, um seine Familie und sich selbst einem Zustande näherzubringen, den man als menschlich bezeichnen kann. Man streift, um Mühe zu erlangen: Zeit für seine eigenen Angelegenheiten, um sich geistig zu vervollkommen, um aufzuhören, zu jeder Stunde ein Sklave zu sein; man streift, um schlechter Behandlung zu entgehen, sich permanenten Qualereien zu erwehren; man streift, um sich von Herrenübermut gefesselte Rechte zu erretten, kurz: man streift, um tausendfaches Unrecht, das die Arbeitenden erdulden, in der einen oder anderen Hinsicht zu mildern.

Und darauf antwortet der moderne Staat also gelegentlich mit einer Kugel. Mit der extra für diesen Zweck hergestellten Streikkugel. Er könnte anders antworten. Er könnte beispielsweise sagen: der Staat ist die organisierte Gemeinshaft aller Angehörigen der Nation. Sein vernunftgemäßer Zweck kann deshalb nur sein, für die größtmögliche Wohlfahrt aller seiner Glieder gleichmäßig zu sorgen. Die einseitige Bevorzugung bestimmter Klassen oder Stände widerspricht dem Wesen des Staates. Darum muß er Interessen, die einander widerstreben, ausgleichen, muß, wenn ihm dies nicht gelingt, das Recht der Schwachen gegenüber dem Unrecht der Starken fördern. Die Kapitalisten anek-

tieren den Mehrwert der Arbeit. Die Gewerkschaften wollen einen kleinen Teil dieses Mehrwertes zurückerobern; ihr Zweck ist ferner die kulturelle Höherführung der Unterdrückten. Kein Zweifel: der Staat muß sie mit allen gesetzlichen Mitteln unterstützen. Auch deshalb, weil die Arbeit die eigentliche Quelle der Staatskraft ist: das Volk schafft den Reichtum des Landes und schließlich: es deckt, wenn es sein muß, mit seinem Leibe die Grenzen.

So etwa könnte der Staat sprechen. Er kann es nicht, weil er ein Klassenstaat, weil er ein vom Kapital beherrschter Staat ist. Er will aber auch ein humaner Staat sein; er braucht die Gloriole der Humanität mit Rücksicht auf den politischen Unterbau der Kapitalisherrschaft. Die unaufgeklärten Arbeiter müssen in ihrer Anselbständigkeit erhalten, ihnen darum die Lüge suggeriert werden, der Staat sei wirklich eine unparteiische Wohlfahrts Einrichtung für alle. Es müssen ferner jene breiten Schichten, die man im weitesten Sinne als Mittelstand bezeichnen kann, bei guter Laune erhalten werden. Aus diesen Kreisen erstehen von Zeit zu Zeit gewisse moralische Forderungen, die sich in der Regel nur durch ihre Halbheit und Unklarheit auszeichnen. Ein dunkles Gefühl der Humanität wird wach und empört sich gegen diese oder jene Einrichtung des Staates, spontane Aeußerungen warmführender Menschlichkeit (man erinnere sich der Heimarbeitbewegung!) alarmieren die Deffiantität und verlegen eilig, wie sie schnell gekommen sind. Kurz, der Staat hat alle Ursache, die Pfeiler seiner Macht nicht durch rücksichtslose Brutalität nach unten zu erschüttern. Eine umfangreiche Anwendung des Scharfschusses gegen den „inneren Feind“ würde auch in den eben bezeichneten Schichten Empörung wecken, würde die öffentliche Meinung zum Protest aufrufen, müßte also den Anhang der Regierung vermindern und seinem humanitären Firmenschild einen schweren Stoß versetzen.

Aber die Streikkugel?

Die Streikkugel ist ein Erzeugnis der Humanität selbst! Die Streikkugel beweist ja deutlich und zweifelsohne, daß es dem Staat bitterer ist mit seiner Humanität. Erstens werden die „ruhigen Bürger“ verschont, wenn sie nicht zu nahe herankommen, und die Arbeiter kriegen nur — Hühnerwunden, sofern sie nicht etwa das Auge hinhalten oder eine sonst leicht zu durchschießende Stelle. Ziemlicher: auf jede Kugel kann höchstens ein Toter kommen. Das ist doch human!

Ja, wir zweifeln wirklich nicht daran, daß diese Streikkugel, wenn sie sich nur erst „bewährt“ hat, als eine köstliche Frucht der Humanität gepriesen werden wird. Vorläufig wächst sie nur in Frankreich. Ob man sie nach Deutschland importieren wird?

Unsere Junker sind nicht für halbe Maßregeln, und die berühmte „preussische Sparsamkeit“ könnte es in Anbetracht der vorzüglichen Scharfschoss-wirkung Munitionsverwendung heißen, wenn man sechs Kugeln anwenden will, wo eine genügen würde. Aber vielleicht findet die Regierung, wenn politische Verlegenheiten es erfordern, darin eine „Annäherung an den liberalen Gedanken“? Wer kann's wissen? Wir würden dann herrliche Dinge erleben, so viel steht fest. Die Hemmungen, die heute die Kugel im Flintenlauf halten, fielen größtenteils fort. Was bisher fürchterlicher Ernst war, könnte von robusten Gemütern zum Sport gemacht werden: Proletenjagd! . . .

Doch warten wir's ab. Auch die Aluminiumkugel würde an der Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften zerpringen. Aber in den Museen der Zukunft wird man die Streikkugel als Glanz- und Prachtstück zeigen: als ein Zeugnis von der Humanität des zwanzigsten Jahrhunderts. Oder als Beweis seiner Barbarei.

Verbot oder Reform der Akkordarbeit?

„Man laut uns so oft vor: Jedes Volk habe seine Eigentümlichkeiten. Nun leugne ich die Eigentümlichkeiten nicht, allein ich behaupte, daß jede Eigentümlichkeit, die ein Volk vor dem anderen hat, kein Werk der Natur, sondern ein Werk des Zufalls, der Gewohnheiten, der Geschichte, der Sitten eines Volkes ist. Diese aber sind veränderlich und nicht bleibend. Scheinbar bleibend können sie nur sein durch ein System des Stillstandes, mittels welchem der Despotismus der diktatorischen alten Päpste jede neue Idee des Fortschritts von Jahrhundert zu Jahrhundert zu verdrängen sucht.“ (Weißing: Garantien der Harmonie und Freiheit.)

Der Kollege H. S.-Gannover hat in den Nr. 26 und 27 der „N.-Z.“ den Versuch gemacht, nachzuweisen, daß die Akkordarbeit, d. h. der sogenannte Einzelakkord, wie er in unserem Beruf üblich ist, also das Mehr der geleisteten Arbeit über den festgesetzten Minimallohn bezahlt zu erhalten, die ge-

rechteste Form der Entlohnung ist, folgedessen es unsere erste Aufgabe sein muß, die Akkordarbeit zu reformieren, die Akkordtarife fester und besser auszubauen. Stimmt, Kollege H. S., ich gebe ohne weiteres zu, daß dieses System das beste und gerechteste unter den so vielen Akkordsystemen ist. Aber das ist ja gar nicht das, wogegen ich mich gewandt habe. Alles das, was der Kollege H. S. in Nr. 26 der „B.-Z.“ anführt, ist mir nichts Neues, kann mich aber trotzdem nicht überzeugen, daß die Akkordarbeit das alleinigmachende Arbeitssystem ist. Das eine sieht fest, daß die Akkordarbeit von Anfang an als Fremdkörper der Organisation betrachtet wird, und so oft man diese Frage schon diskutiert hat, ist man leider noch nie zu einem endgültigen Resultat gekommen. Woran liegt das? Erstens fühlten sich die Gewerkschaften wohl nicht stark genug — da ja der Hauptaufschwung der Gewerkschaften in den letzten zehn Jahren zu verzeichnen ist — und zweitens, das ist wohl der schwerwiegendste Punkt, daß sich ein Teil der Arbeiterschaft für die Akkordarbeit erklärte, weil darin für den einzelnen die Möglichkeit besteht, seine Arbeitsfähigkeit zu steigern und dadurch einen erhöhten Verdienst zu erhalten, um einigermassen eine bessere Lebensweise führen zu können. Und selbstverständlich ist das zur Gewohnheit geworden, unbeschadet der Schäden, die dieses System mit sich brachte, nicht nur für die Allgemeinheit, sondern auch für die daran beteiligten Personen. Außerdem sind die Verhältnisse innerhalb unseres Berufes doch nicht mit den Malern, Maurern, Töpfern, Steinsetzern usw. zu vergleichen, wo die Konkurrenz der weiblichen Arbeitskraft sowie der Maschinen absolut nicht in Frage kommt; und gerade sind es die Berufe, die ganz energisch Front gegen die Akkordarbeit machen. Ist doch auf dem Verbandstage der Maurer kurz vor der großen Bauarbeiterausperrung die Tatsache konstatiert worden, daß die Akkordarbeit die Arbeiterschaft ungemein schädigt, ja der Genosse Paeplow, Redakteur des „Grundstein“, sagte in einer Berliner Vertrauensmännerversammlung des Maurerverbandes in einem Referat über dasselbe Thema unter anderm folgendes:

„Im Prinzip wird man also gar nichts anderes sagen können, als daß die Akkordarbeit ungemein schädlich ist, schädlicher als jedes andere Lohn- und Arbeitssystem. Man mag schließlich zu einem Entschluß kommen, wie man will, das eine läßt sich nicht leugnen — das möchte ich von vornherein feststellen wissen —, daß das Akkordsystem am geeignetsten ist, den Erwerbsegoismus der aller schlimmsten Sorte, der nun einmal im Menschen steckt, zu wecken, Reiz und Haß, Mißgunst unter den Kollegen zu erzeugen, demoralisierend zu wirken, die Solidarität, wenn sie vorhanden ist, mehr und mehr zu verdrängen oder, wenn sie überhaupt noch nicht vorhanden ist, sie gar nicht zum Vorschein kommen zu lassen. Ich bin allerdings der Meinung, daß all die Schäden mehr oder minder scharf auch hervortreten bei jeder anderen Arbeits- und Lohnmethode, daß überhaupt das ganze Lohnsystem im Prinzip zu bekämpfen ist. Aber es ist doch zu beachten, daß wir beim Zeitlehnsystem viel mehr Gelegenheit haben, mittels unserer Organisation, mittels der durch unsere Organisation zum Ausdruck gebrachten Kraft dem Unternehmertum und den Kollegen größere Hindernisse in den Weg zu legen gegen die Ausbeutung, was uns leider beim Akkordsystem bisher nicht möglich gewesen ist.“

Und diese Tatsache läßt sich nicht wegstreiten, Wort für Wort muß unterstrichen werden. Selbstverständlich bilde ich mir nicht ein, daß die Akkordarbeit von heute zu morgen abgeschafft werden kann, das wird wohl der auch noch so Raibeste unter uns nicht glauben wollen, nein, ich betrachte diese Angelegenheit als ein Mitentwickeln der Entwicklung innerhalb unseres Berufes. Wie sehen denn die Dinge in Wirklichkeit aus? Da ja die Akkordarbeit in den größeren Betrieben am verbreitetsten ist, so sollen meine Betrachtungen von denselben ausgehen. Der eigentliche Geschäftsgang fällt in diesen Betrieben auf die Zeit von Ende September bis Weihnachten, dann läßt er etwas nach, um einige Wochen vor Ostern bis unmitttelbar nach Ostern sich wieder zu heben, dann tritt die flaute Zeit ein, welche sich nach und nach steigert bis zum baldigen Stillstand, welcher dann die sogenannte Sauregurenzeit ist. Da ja die Buchhändler und zum großen Teil die Buchbindereien ein Lager nicht mehr kennen, tritt die Arbeit eben periodisch auf, und in diesen Zeiten wird auf beiden Seiten das Menschenmögliche geleistet. Soweit wie Platz vorhanden ist, werden Hilfskräfte eingestellt, aber man hat sich damit gar nicht so ängstlich, sondern es werden Überstunden bis aufs äußerste geleistet. Es wird Sonntags gearbeitet, kurz die Arbeitskraft wird bis aufs äußerste angestrengt, und in den seltensten Fällen wehrt sich die Kollegenchaft dagegen, sondern hat ein bestimmtes Interesse, möglichst viel herauszuschinden. Da ja die flaute Zeit eine verminderte

Einnahme mit sich bringt, welche mitunter die Hälfte, ja sogar den vierten Teil des Minimallohnes ausmacht. In Leipzig ist von der Firma Enders konstatiert worden, daß Presser mit 2 Mk. Verdienst die Werkstube verlassen mußten, trotzdem die Betreffenden von früh bis abends in der Werkstube sein mußten, aber die größte Zeit stillgestanden haben. Kommt dann ein Auftrag, so stürzt alles, was Hände und Beine hat, darüber her, jede Kollegialität wird beiseite gestoßen, und der brutalste Egoismus tritt ans Ruder. Nun ist ja in jedem Betriebe ein sogenannter Stamm von Arbeitskräften, auch Spedpartie genannt, und diese sind die Freunde der Akkordarbeit, weil eben die Betreffenden, bewußt oder unbewußt, die beste Arbeit, den Speck, dagegen die Hilfskräfte die schlechter bezahlten und keinen Aufträge erhalten. Und diese Arbeiten müssen dann noch wer weiß wie weit herangeholt werden oder sind noch gar nicht fertig, weil der Arbeitgeber auch so schlau ist und diese betreffenden Arbeiten, wo was zu verdienen ist, im Lohn machen läßt. Und all dies reizt die Kollegenchaft untereinander auf, bringt Haß und Zwiespalt in die eigenen Reihen, anstatt daß sie fest zusammenstehen und gegen die rücksichtslose Ausbeutung der Arbeitskraft protestieren. Selbstverständlich sind die sogenannten Spedpartien mit ihrem Lohn zufrieden, und ich habe Lohnbeutel in meinem Besitz, die selbst bei normaler Arbeitszeit einen ganz respektablen Verdienst nachweisen, aber auf der anderen Seite das Gegenteil bestätigen. Durch ein derartiges Arbeitssystem werden die Kollegen, die durch Alter oder irgendein körperliches Leiden nicht mehr so mitkönnen, hinausgedrängt — wenn dieselben überhaupt erst eingestellt werden —, dagegen bei der Lohnarbeit mit hindurchgeschleppt würden. Und ist denn unser Akkordtarif, d. h. der Dreißigtätentarif, so glänzend, der nun bereits 10 Jahre besteht, ohne daß die Akkordsätze verbessert worden sind? Ja, man vergleiche denselben mit dem Entwurf, welcher im Jahre 1873 vom Buchbinderverein zu Leipzig aufgestellt wurde (Moth: Geschichte des Deutschen Buchbinder-Verbandes S. 100—108), und es wird sich zeigen, daß viele Positionen genau so oder zweifelhaft ähnlich sind. Nun schreibt der Kollege H. S.-Hannover, daß bei Einführung der Lohnarbeit die gut bezahlten Stellen durch billige ungelernete Hilfskräfte ersetzt würden. Haben wir das nicht jetzt schon, gerade durch die Akkordarbeit, wo ja der Arbeitgeber absolut kein Risiko hat? Die betreffende Person bekommt 1 auch 2 Wochen Lohn und muß dann in Akkord schaffen, ganz gleich, ob sie damit zurecht kommt oder nicht. In unzähligen Fällen kann das festgestellt werden. Ich erinnere nun an die Luxuspapierbranche, aber auch in den Buchbindereien ist das keine seltene Erscheinung. Weiter schreibt der Kollege H. S., das persönliche Interesse an dem Arbeitsergebnis, die Selbstkontrolle bei Einführung der Lohnarbeit, fällt weg, an deren Stelle tritt das Angeber-, Antreiber- und Aufpaffertum, so daß dadurch auch die Lohnarbeit zur Akkordarbeit werden müßte. Nun, Kollege H. S., die starke Organisation, die imstande ist, einen wirklichen, wahrhaften Akkordtarif einzuführen, sollte die nicht imstande sein, auch diese Schäden zu beseitigen? Ich sage ja, dreimal ja, ich will ein kleines Beispiel anführen. In einer mittleren Werkstube waren 80—100 Personen beschäftigt und vollständig organisiert, und wurde ausschließlich von den Kollegen in Lohn gearbeitet. Als der Arbeitgeber die Produktion bis aufs äußerste zu schrauben suchte, wurde es den Kollegen zu bunt, und sie beschlossen in einer Werkstubenitzung, unter anderem folgende Forderungen einzureichen: „So gut wie wir der Ansicht sind, Geld zu verdienen, sind wir auch der Ansicht, daß der Prinzipal zu seinem Recht und auf seine Kosten kommen soll. Wir halten es aber doch für unwürdig, von den Lehrlingen und anderen ungelerten Personen kontrolliert zu werden und hoffen, daß auch hier eine Abänderung stattfindet. Die Unterzeichneten erklären, daß sie nicht mehr machen, als nach tariflicher Grundlage der Lohn ausmacht, und protestieren entschieden gegen das Antreiber-system.“ Diese Forderungen wurden von der gesamten Kollegenchaft in der Werkstube unterschrieben, und der Arbeitgeber tat nach längerem Hin und Her das gleiche. Es wurde ein durchschnittliches Tagespensum festgesetzt, was jede Partie schaffen konnte, und es ging wunderbar, trotzdem Arbeitgeber und Frau mitarbeiteten. Dasselbe Beispiel kann aus mehreren Werkstuben berichtet werden. Sollte das nicht im allgemeinen möglich sein, indem der Akkordtarif als Grundlage bei der Berechnung der zu leistenden Arbeit benutzt wird? Allerdings wäre das ja auch eine Art Zeitlehn, der Arbeitgeber würde in Wirklichkeit nicht den Lohn für die Arbeitszeit, sondern für das Arbeitsquantum zahlen. Karl Marx hat ja die Gleichung aufgestellt: „Der Wert der Tagesarbeit ist gleich dem Tageswert der Arbeitskraft.“ Also wo sich die Form gebildet hat, daß für ein bestimmtes Pensum

ein bestimmter Preis bezahlt wird, ist das immer noch ein Zeitlehn, aber dieser Zeitlehn wäre gleich dem Stücklohn, nur mit dem Unterschied, daß die Auswüchse eingebremst und die Arbeit mehr verteilt wird. Das ist, was ich wünsche, nicht die Akkordarbeit bekämpfen, weil sie Akkordarbeit ist, nein, es ist die durch die kolossalen technischen Umwälzungen verursachte zeitgemäße Entwicklung innerhalb unseres Berufes, zu welcher uns schon der reine Selbsterhaltungstrieb drängen müßte. Trotzdem stehe ich nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Akkordarbeit die kulturelle Entwicklung der Arbeiterklasse ungemein schädigt. Wohl haben die Gewerkschaften ein großes Stück Kulturarbeit geleistet. Ich verkenne die Tatsache durchaus nicht, daß die deutschen Gewerkschaften an erster Stelle stehen und den Drang, mit teilzunehmen — an unseren kulturellen Aufwärtsbestrebungen, ungemessen gefördert haben und dasselbe noch tun. Aber ich verkenne auch andererseits nicht die Tatsache, welche ungeheuren Kämpfe, welche riesigen Opfer und kolossalen Kosten diese Bewegung der Arbeiterklasse verursacht hat. Diese beiden Punkte muß man in Parallele stellen und die Bilanz ziehen. Man betrachte nur die Werkstubenitzungen der Betriebe, wo die Akkordarbeit vorherrschend ist. Man schaue in die Versammlungen und anderen gewerkschaftlichen Veranstaltungen, so wird sich herausstellen, daß die Akkordarbeiter am wenigsten, wenn überhaupt, vertreten sind. Nicht Utopien, sondern täglich erscheinende greifbare Momente sind es, welche mich veranlassen, den Stein, welcher auf dem Wege zur Stufenleiter der Kultur liegt, hinwegzurufen.

Es wird ja nun auf andere Länder hingewiesen, auch an Weibis: „Theorie und Praxis der englischen Gewerkschaften“ erinnert werden. Aber ob diese Verhältnisse mit den unsrigen zu vergleichen sind, das stelle ich in Frage. Nachdem ja nun der diesbezügliche Antrag vom Verbandstage dem Verbandsvorstand überwiesen wurde, so wäre dringend zu wünschen, daß der Verbandsvorstand eine Enquete veranstaltet über:

1. Inwiefern ist die Entlohnung nach Stückpreisen eingeführt?
2. Nach welchem Akkordsystem findet die Entlohnung statt?
3. Wird die Stückarbeit nach dem Leipziger Tarif berechnet oder wird über oder unter demselben bezahlt?
4. Wie hoch ist der Jahresverdienst a) bei Stückarbeit? b) bei Lohnarbeit?
5. Für oder gegen die Stückarbeit?

Die Fragen 1 und 3 sind bereits auf dem Berliner Verbandstag 1900 — welcher sich ja in einer Resolution prinzipiell gegen die Akkordarbeit erklärte — von dem Kollegen Moth gefordert worden. Nach dem Ergebnis dieser Enquete ließe es sich viel eingehender und besser diskutieren. Doch glaube ich schon heute mit ruhigem Gewissen behaupten zu können, daß sich speziell die Berliner Kollegenchaft und auch die Kollegenchaft in vielen anderen Orten zum größten Teil gegen die Akkordarbeit erklären wird. Ich hoffe, daß diese Frage zum Nutzen unseres Verbandes zum allgemeinen Wohl unserer Mitglieder gelöst werden wird. Es muß ein Weg gefunden werden, der zum Ziele führt, erfolgreicher mitzunehmen zu können an den höchsten und idealen Aufgaben des Proletariats, den einen Teil vor übermäßiger Ausbeutung zu schützen, dem anderen eine Erwerbsquelle zu sichern, um fest und geschloffen, frei von Egoismus und Reiz, den Kampf zu führen gegen den gemeinsamen Feind des Kapitals und gegen die Kulturfeindlichkeit der Gesellschaft.

Vorhagen-Verlin. - Otto Gabel.

Berichtigung. In dem Artikel des Kollegen H. S.-Hannover über: „Lohnarbeit oder Akkordarbeit“ ist in bezug auf die Zahlstelle Elberfeld eine Unrichtigkeit enthalten, die wir nicht unberichtigt lassen möchten. Es heißt auf Seite 222 in Nr. 26 der „Buchbinder-Zeitung“: „Auch in unserem Verbandsverbande ist von einzelnen Zahlstellen bei Lohnbewegungen die Abschaffung der Akkordarbeit als Forderung aufgestellt.“ So lehtsin von der Zahlstelle Elberfeld. Aber so leicht, wie sie gestellt ist, so schnell ist sie auch wieder fallen gelassen; denn man hat nichts darüber gelesen, daß irgendwelche Verhandlungen darüber gepflogen sind.“

Wie der Kollege H. S. zu solchen Behauptungen kommen konnte, ist uns unerfindlich. Erstens hat die Zahlstelle Elberfeld lehtsin keine Lohnbewegung gehabt, zweitens hat sie eine solche Forderung überhaupt noch nicht gestellt.

Welleich hat H. S. die Zahlstelle Grefeld im Auge? Das kann aber auch nicht sein, denn in Grefeld war ja die Akkordarbeit in dem Tarif von 1906 durch den § 2 abgeschafft und erst im vorigen Herbst, bei dem erneuten Tarifabschluß, müßte unfererseits auf Drängen der Prinzipale, die die

Ausnahmestellung in ganz Deutschland einnehmen wollten, dieser § 2 wieder freigegeben werden. Darüber hat aber genug in unserem Organ gestanden, um so mehr, da ja in Krefeld ein vierwöchiger Streik stattgefunden hat. Auch im Jahresbericht von 1906 sowohl wie in dem von 1909 ist besonders auf die Beseitigung resp. Wiedereinführung der Affordarbeit hingewiesen. Im übrigen kann man sich sonst mit der Tendenz des Artikels wohl einverstanden erklären, und sollte unsere Berichterstattung nur den Zweck haben, der historischen Wahrheit zu dienen.

*

Kollege S. S. schreibt uns dazu:

Wie ich aus den in Frage kommenden Nummern der „Buchbinder-Zeitung“ ersehe, hat sich in meinem Artikel eine Verwechslung der beiden Zahlstellen eingeschlichen, so daß es nicht Elberfeld, sondern Krefeld heißen muß. Ebenfalls war die Forderung „Beseitigung resp. Ausschließung der Affordarbeit“ Gegenstand mehrerer Verhandlungen. Ich bedauere diesen Irrtum, der nur darauf zurückzuführen ist, daß mir seinerzeit der Schlußbericht über die Krefelder Tarifbewegung entgangen ist und mir die betreffenden Nummern der „Buchbinder-Zeitung“ beim Schreiben meines Artikels nicht zur Verfügung standen. Gleichzeitig bedauere ich aber auch, daß ich von der Krefelder Lohnbewegung 1906, bei der die Beseitigung der Affordarbeit verlangt und deren Beseitigung bis Juli 1907 tariflich festgelegt wurde, keine Kenntnis hatte, da sie zu meinem Artikel weiteres Material geliefert hätte. Welche Folgen die Beseitigung der Affordarbeit zeitigte, illustriert ein Verbandsungsbericht in Nr. 49 der „Buchbinder-Zeitung“ von 1906, worin lebhaft Klage darüber geführt wird, daß einige Firmen für Ersatz der Affordarbeit Prämienysteme eingeführt haben, wodurch die Arbeiter noch mehr ausgebeutet wurden. Wenn nun bei der Krefelder Lohnbewegung 1909 der Paragraph über die Ausschließung der Affordarbeit wieder fallen gelassen werden mußte, so beweist dies aufs neue, daß an eine Abschaffung der Affordarbeit, die so fest mit unserem Wirtschaftsbetriebe verankert ist, nicht zu denken ist, nicht innerhalb eines Berufes, noch viel weniger innerhalb einer Zahlstelle.

Sannover.

S. S.

Internationales.

Holland. Lohnbewegung in Amsterdam und Haag. Ein neues Fachorgan. Die vor drei Jahren in Amsterdam und in Haag abgeschlossenen Tarifverträge für das Buchbinder-gewerbe laufen mit dem 31. Oktober d. J. ab. In beiden Städten haben unsere Kollegen die Verträge gekündigt und dem Buchbinder-Arbeitgeberverband gleichzeitig mitgeteilt, dass sie Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen wünschen und gern zu Verhandlungen bereit sind. Ob schon Verhandlungen angeknüpft sind, darüber liegt uns noch keine Nachricht vor, und ob die Lohnbewegung auf friedlichem Wege verlaufen wird, lässt sich natürlich noch nicht voraussagen. Die alten Tarifverträge haben recht günstig auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen eingewirkt und sie sind auch im allgemeinen von den Prinzipalen gehalten worden, die wohl erkannten, dass diese Regelung immerhin eine Eindämmung der auf grenzenloser Lohndrückerei beruhenden Schmutz-konkurrenz bedeutete und somit auch ihnen nicht zum Nachteil gereichte. Die Buchbinderorganisation in Amsterdam und in Haag kann jetzt auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Es war im Jahre 1900, als in jener wie in dieser Stadt eine kleine Gruppe aufgeklärter und strebsamer Kollegen sich zusammenfand, um endlich einmal einen Fachverein zu schaffen. Der Amsterdamer Verein nannte sich „Neues Leben“, der in Haag „Die Zukunft“. Es hat lange gedauert und viel Mühe und Opfer gekostet, bis es den Kollegen gelungen ist, neues Leben in der Masse der Berufsgenossen zu erwecken, aber jedenfalls hat ihre Arbeit insoweit Früchte getragen, als man nun auf dem Wege zu einer besseren Zukunft ist.

Unsere Kollegen in den genannten beiden Städten haben nun vor kurzem den Beschluss gefasst, gemeinsam ein besonderes Fachblatt herauszugeben, das monatlich erscheinen soll. Die erste Nummer ist bereits am 31. Juli erschienen, 8 Seiten stark, in Lexikonformat. Das Blatt führt den Titel „De Boekbinder“ und soll selbstverständlich vor allem der Agitation unter den Arbeitern und Arbeiterinnen des Buchbinder-gewerbes mit den verwandten Branchen dienen. Wir wissen von der Zeit her, als unsere holländischen Kollegen noch ihren selbständigen Verband hatten und unter dem Titel „Nieuw Leven“ ein eigenes Organ herausgaben, dass es unter ihnen nicht an Leuten fehlt, die ein Gewerkschaftsblatt zu redigieren und zu

schreiben verstehen. Von dieser Tatsache zeugt auch das neue Monatsblatt.

Seitdem die Buchbinder gemeinsam mit den Buchdruckern im Allgemeinen niederländischen Typographenverband organisiert sind ist das Organ dieses Verbandes bekanntlich auch ihr Verbandsorgan. Daran ändert die Gründung des neuen Monatsblattes nichts, denn „De Boekbinder“ soll eben nur neben dem Wochenblatte des gesamten Verbandes die besonderen Interessen unserer Kollegen wahrnehmen. Das „Grafisch Weekblatt“, so inhaltreich es auch ist, konnte doch den Bedürfnissen unserer Kollegschaft nicht ganz gerecht werden. Nur zu oft suchte man unter all den Berichten und Artikeln aus dem Buchdruckergewerbe vergeblich nach solchen aus dem Buchbinder-gewerbe, und was die agitatorische Wirkung eines Gewerkschaftsblattes betrifft, liegt die Sache doch nun einmal so, dass man indifferente Kollegen nicht leicht damit für die Organisation gewinnen kann, dass man ihnen ein Blatt in die Hand gibt, in dem von ihrem eigenen Beruf wenig oder gar nichts zu finden ist. Darum ist es sehr erfreulich, dass unsere organisierten Kollegen in Amsterdam und Haag sich wiederum ein eigenes Fachorgan geschaffen haben, und wir hoffen, dass es auch in allen anderen Städten des Landes Verbreitung finden möge.

F. Die Gewerkschaften und die Arbeitsbedingungen der Buchbinder in Australien.

Australien ist in gewerkschaftlicher Hinsicht durch das Vorwiegen selbständiger Lokalvereine ausgezeichnet. Zentralverbände, welche ihre Wirksamkeit auf das ganze Gebiet ausdehnen, bestehen erst in einer Minderheit der Gewerbe. Zu Ende des Jahres 1908 war die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter 239 293, gegen 213,321 Ende 1907. Für 1909 sind die Angaben noch nicht erhältlich. Von den 239 293 Gewerkschaftsmitgliedern kamen 118 918 oder fast die Hälfte, auf den Bundesstaat Neu-Süd-wales, 14 980 auf Queensland, 15 187 auf Westaustralien, 5961 auf Südastralien, 40 000 auf Victoria, 500 auf Tasmanien und 49 847 auf Neu-Seeland, welches nicht zum australischen Bunde gehört, der von den vorher genannten sechs Staaten gebildet wird. Im ganzen ist ein verhältnismäßig hoher Prozentsatz der Arbeiter organisiert; denn im Australischen Bunde waren nach der letzten Zählung erwerbstätig: In der Urproduktion 533 107, in den Erzeugungsgewerben 426 166, im Verkehr und Handel 344 817, zusammen also 1 304 090 Personen, und zwar Selbständige und Unselbständige, da die amtliche Statistik zwischen ihnen nicht unterscheidet. Allerdings könnten viel mehr Arbeiter in den Gewerkschaften sein, denn es bestehen keine gesetzlichen Beschränkungen der Organisationsfreiheit. Der Grund, warum die Ausbreitung der Gewerkschaften langsam fortschreitet, ist in der Einrichtung der Lohnämter und staatlichen Zwangsschiedsgerichte zu erblicken, welchen die Regelung der Arbeitsbedingungen in der Hauptsache zufällt; die Gewerkschaften haben darauf weniger Einfluss und da sie auch kein ausgedehntes Unterstützungswesen pflegen, so haben sie folglich eine nur geringe Anziehungskraft.

Die Gewerkschaften der Buchbinder sind folgende: Im Staat Neu-Süd-wales die Bookbinders' and Paper Rulers' Union zu Sydney, die Ende 1908 148 Mitglieder hatte; ihre Einnahmen beliefen sich auf 191 Lstr. (à 20 Mk.), ihre Ausgaben auf 163 Lstr. und das Vermögen am 31. Dezember auf 488 Lstr. — Im Staat Westaustralien die Southwest District Bookbinders' and Paper Rulers' Industrial Union of Workers zu Perth, mit 25 Mitgliedern, 57 Lstr. Jahreseinnahmen, 42 Lstr. Jahresausgaben und einem Vermögen von 81 Lstr. — In Victoria die Bookbinders' and Paper Rulers' Society zu Melbourne, über deren Mitgliederstand und Finanzen nichts zu erfahren war. — In Neu-Seeland die Auckland Bookbinders, Paper Rulers and Cutters mit 83 Mitgliedern; die New-Zealand Bookbinders' and Paper Rulers' Trade Society zu Wellington mit 69 Mitgliedern; die Christchurch Bookbinders' and Paper Rulers' Union mit 21 Mitgliedern. — Es ist möglich, dass auch in den Staaten Queensland und Südastralien kleine Vereine der Buchbinder existieren; festzustellen waren sie nicht.

Zwangsschiedsgerichte für Arbeitsstreitigkeiten haben Westaustralien und Neu-Seeland, und in beiden Staaten wurden die Arbeitsbedingungen der Buchbinder durch diese Gerichte bestimmt. Mindestlohnämter bestehen in Victoria, Neu-Süd-wales, Queensland und Südastralien; im letztverwähnten Staat ist aber noch kein Lohnamt für das Druck- und Buchgewerbe errichtet worden. Zur Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten, die mehr als einen Staat des australischen Bundes betreffen, ist ein Bundesschiedsrichter eingesetzt.

Sowohl den Zwangsschiedsgerichten wie den Lohnämtern gehören Arbeiter- und Unternehmervertreter an; die Vorsitzenden sind unparteiliche Personen, im Fall der Zwangsschiedsgerichte immer höhere Richter. Die Entscheidungen sind für Unternehmer und Arbeiter bindend; ihre Einhaltung wird von der Staatsgewalt garantiert. Streiks und Aussperrungen dürfen zur Herbeiführung von Aenderungen der Arbeitsbedingungen nicht angewendet werden; wenn dennoch zum Ausstand oder zur Aussperrung geschritten wird, so sind alle Beteiligten strafbar. Gegen die Leiter können besonders schwere Strafen verhängt werden.

In Westaustralien wurde der Tarif für das Buchbinder-gewerbe in Perth und Umgebung am 26. März 1908 vom Zwangsschiedsgericht verkündet; er gilt so lange, bis er durch einen neuen ersetzt wird und bestimmt folgendes: Die Arbeitsdauer ist 48 Stunden in der Woche, der Mindest-lohn beträgt 3 Lstr. (60 Mk.). Die ersten zwei Ueberstunden sind mit 25 Proz. Lohnzuschlag zu bezahlen, weitere Ueberstunden vor Mitternacht mit 50 Proz. Zuschlag, Arbeit nach Mitternacht und an Sonn- und Feiertagen mit dem doppelten Lohn. Lehrlinge müssen aufgedungen werden, ihre Zahl darf einen auf je sechs Gehilfen (oder einen verbleibenden Bruchteil von sechs) nicht übersteigen und die Lehrzeit muss fünf Jahre dauern. Die Aufnahme von Lehrlingen, ihre Entlassung oder ihr Uebergang von einem Meister zum andern muss dem Sekretär des Zwangsschiedsgerichts gemeldet werden. Der Wochenlohn der Lehrlinge steigt von 10 Schilling (10 Mk.) im ersten Halbjahr auf 40 Schilling (40 Mk.) im 10. Halbjahr der Lehrzeit. Arbeiter, welche nicht imstande sind, den gesetzlichen Mindestlohn zu verdienen, können einen niedrigeren Lohn annehmen, der zwischen dem Unternehmer und dem Gewerkschaftssekretär vereinbart wird; wenn diese nicht übereinkommen, so kann sich der betreffende Arbeiter an den nächsten Polizeimagistrat wenden, dessen Entscheidung endgültig ist. Nach Ablauf von sechs Monaten ist der Lohn eines solchen „inkompetenten“ Arbeiters neuerlich zu bestimmen. Kein Arbeiter darf gleichzeitig mehr als eine Maschine bedienen. Es ist angegeben, welche Verrichtungen nur von gelernten Gehilfen oder Lehrlingen und welche von ungelerten Hilfsarbeitern ausgeführt werden dürfen. Auf die Hilfsarbeiter erstreckt sich der Tarif nicht.

In Queensland erhalten auf Grund des Tarifs vom 1. Oktober 1909 die Buchbinder, Rastrierer, Lederzuschneider, Deckelvergoldner usw. für die Arbeitsstunde 1 Schilling 1 Penny (etwa 1,10 Mk.), andere Männer wöchentlich 80 Schilling, Frauen wöchentlich 17½ Schilling. Die Arbeitswoche ist 48stündig. Jugendliche Personen (Lehrlinge, Volontäre) dürfen gehalten werden, und zwar einer in jedem Betriebe, ein weiterer auf vier vollbezahlte Gehilfen, aber keinesfalls mehr wie 7 im Betriebe. Lehrlinge und Volontäre erhalten Wochenlöhne, die von 7½ Schilling im ersten auf 90 Schilling im sechsten Jahr steigen. Andere jugendliche Arbeiter unter 21 Jahren sind mit 5 Schilling im ersten, 7½ Schilling im zweiten, 10 Schilling im dritten und 15 Schilling im vierten Jahre zu entlohnen, dann mit dem Lohn für erwachsene, ungelernete Arbeiter (Männer 90 Schilling, Frauen 17½ Schilling). Die Ueberzeitenschädigung ist bis 10 Uhr abends ein 25prozentiger, nach 10 Uhr abends bis zum Beginn der gewöhnlichen Arbeitszeit ein 50prozentiger Lohnzuschlag. Sonn- und Feiertagsarbeit ist doppelt zu bezahlen.

Ähnliche Vorschriften enthalten die Buchbindertarife von Victoria, Neu-Süd-wales und Neu-Seeland. In Neu-Seeland stehen gegenwärtig drei Tarife für das Buchbinder-gewerbe in Kraft, und zwar je einer für die Industriebezirke Auckland, Wellington und Canterbury.

Korrespondenzen.

Deutschland. Geiperrt sind in Dresden die Firmen Gebauer, Fiebig und Schröter, in Heilbronn die Firma Brock u. Feierabend. Zugug ist ferngehalten von Rathenow (Stuisarbeiter), ebenso von Eisenberg (Stuisarbeiter); ferner von Nürnberg-Fürth (Kartonnagenarbeiter und -Arbeiterinnen, Buchbinder, Präger, Prägerinnen usw.).

Oesterreich. Die Kollegschaft von Wien und Linz steht vor einer Lohnbewegung, weshalb Zugug ferngehalten ist. Gewarnt wird vor Arbeitsannahme bei der Firma Giovanni Logar in Görz.

Schwiz: Heber die Firmen A. D. Seine, Stiderei-gesellschaft in Arbon, und

Aktiengesellschaft Feldmühle in Nor-schach ist die Sperre verhängt.

Belgien: In Turnhout in Belgien sind über 500 Papierarbeiter in den Streik eingetreten. Zugang ist von Turnhout streng fernzuhalten.

Berlin. (Luguspapierbranche.) Zwei Presserwerbungen am 27. Juli und 5. August befassten sich mit dem von der Tarifkommission vorgelegten Tarif für die Postartenbranche, der nach lebhafter Debatte mit einigen Änderungen angenommen wurde. Bei einigen Punkten wünschte man präzisere Fassung und beauftragte die Kommission hiermit. Eine leidenschaftliche Auseinandersetzung gab es wiederum über das Bronzeheißbruderverfahren, wobei von einigen Rednern verurteilt wurde, daß mancher der an diesen Maschinen Beschäftigten ohne Umschweife anerkennt, daß die gezahlten Akkordpreise in keinem Verhältnis zu der gesundheitschädlichen Beschäftigung stehen, dennoch für den Preis arbeitet und infolge der schlechten Akkordpreise darauf losjuchet und eine Arbeit liefert, wozu sich ein gewissenhafter Presser schwerlich verstehen würde. Die Kommission wurde beauftragt, nochmals darüber Beratungen zu pflegen und der nächsten Versammlung diesbezügliche positive Vorschläge zu machen. Des Weiteren wurde ihr überwiegen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht weitere Kreise der Branchenangehörigen beim Tarif berücksichtigt werden könnten.

Die Versammlungen waren beide nur mittelmäßig besucht, was mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der zur Beratung stehenden Tagesordnungspunkte als ein recht bedauerliches Zeichen von Verständnislosigkeit bezeichnet werden muß. Zum Schluß der Versammlung wurde noch bekanntgegeben, daß am Mittwoch, den 17. August, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 8, eine allgemeine Branchenversammlung für die Luguspapierbranche stattfindet.

Berlin. Am 3. August wurde eine Branchenversammlung der Album-, Mappen- und Galanteriebranche der Zahlstelle Berlin in Kürstners großem Saal, Oranienstr. 180, abgehalten. Auf der Tagesordnung stand: 1. ein Vortrag des Kollegen Kempe: „Streifzüge durch die Arbeiterversicherung“, 2. „Warum ist eine Trennung der Männer- und Frauenarbeit notwendig?“.

Kollege Kempe behandelte in seinem Vortrage die drei großen Gruppen der Arbeiterversicherung: Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung. Er schilderte in anschaulicher Weise, welche Vorteile dem Arbeiter diese Versicherungen bringen können, macht aber besonders darauf aufmerksam, daß der Arbeitnehmer neben den Rechten auch Pflichten hat. Er gab bemerkenswerte Fingerzeige, wie man am besten diese Pflichten erfüllt und seine Rechte wahrnehmen kann. Durch geschickte Einfügung von zahlreichen Beispielen aus dem praktischen Leben verstand es Kollege Kempe, seine Ausführungen recht lehrreich zu gestalten und die Versammlung fast eine Stunde zu fesseln.

Der Obmann der Branche, Kollege Gerber, berichtete über den Briefwechsel, welcher mit der Arbeitgebervereinigung gepflogen wurde zwecks Anbahnung von Verhandlungen über die Trennung der Gehilfen- und Frauenarbeit. Die Arbeitgebervereinigung hat zwar nicht die Verhandlung abgelehnt, aber sie wünscht, daß die Frage bis zum Ablauf des Tarifs im nächsten Jahre zurückgestellt wird. Hierauf einzugehen, liegt aber gar keine Veranlassung vor, weil der Erfolg von männlichen Arbeitsträgern durch weibliche bei derselben Arbeit unbedingt eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse bedeutet, und diese ist nach dem Tarif unzulässig. Es ist in letzter Zeit durch Arbeitgeber versucht, Gehilfen durch Frauen zu ersetzen, wie z. B. ein trasses Beispiel von der Firma Weigert zeigt. Dort hat ein Kollege (unorganisiert) zirka 32 Jahre dieselbe Arbeit mit einer weiblichen Hilfskraft gemacht (seine letzte Hilfsarbeiterin war zirka 11 Jahre bei ihm tätig). Er erhielt 50 Pf. Stundenlohn und die Arbeiterin 25 Pf. Vor kurzem erkrankte der Kollege, und als er nach 14 Tagen wieder anfangen wollte, bekam er seine Papiere. Die Firma hatte inzwischen eingesehen, daß die Arbeiterin die Arbeit auch machen kann und dabei billiger ist. Sie erhält jetzt 30 Pf. Stundenlohn und ihre Hilfsarbeiterin 25 Pf. Die Firma spart also 20 Pf. pro Stunde, abgesehen von der unartificialen Bezahlung, denn die selbständige Arbeiterin müßte jetzt 34 Pf. und die Hilfskraft 32 Pf. pro Stunde bekommen. Man sieht also hier, wie ein Kollege durch eine Arbeiterin aus der Arbeit gedrängt wird, und nur, damit der Arbeitgeber noch mehr Profit aus der Arbeit herausholen kann.

In der Diskussion führte Kollege Bruch aus, daß nach dem Gehörten die Arbeitgeber augenscheinlich die Sache verschleppen wollen, wir aber keine Lust haben, uns bis zum Ablauf des Tarifs die

Arbeitsverhältnisse verschlechtern zu lassen. Er schlug vor, weiter keinen Versuch zu machen, die Arbeitgeber umzustimmen, dafür aber von den Kolleginnen zu erwarten, daß sie die als Gehilfenarbeit festgelegten Arbeiten ablehnen, sobald sie ihnen angeboten werden.

Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen der Redner einverstanden. Eine in diesem Sinne gefasste Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Versammlung war besser besucht als gewöhnlich, namentlich waren bedeutend mehr Kolleginnen anwesend.

Bielefeld. Am 23. Juli fand unsere diesmalige Generalversammlung statt. Den Geschäftsbericht gab der 1. Bevollmächtigte Kollege Geißler. Der Abschluß des verflossenen Quartals kann hiernach als sehr zufriedenstellend bezeichnet werden. Nicht allein der Mitgliederbestand hat sich trotz der fauren Guckzeit gehoben, sondern die Kassenverhältnisse sind auch bessere geworden. Im 2. Quartal fanden 5 Vorstandsitzungen, 3 Mitgliederwerbungen, 1 Generalversammlung und 2 Werksübernehmungen statt. Ferner wurde aus Anlaß des 25jährigen Verbandsjubiläums am 30. April eine Feiertagsversammlung mit anschließendem Kommerz abgehalten. Auf dem 11. Verbandstag war die hiesige Zahlstelle durch den Kollegen Geißler vertreten. Hier wurde ja betriebs der Einführung der Invalidenunterstützung für die 4. Klasse eine Abstimmung beschloffen. Das Resultat derselben ist als ein gutes zu bezeichnen; von 70 Kollegen der 4. Klasse haben 44 dafür und 13 dagegen gestimmt einschließlich der 10 am 1. Juli übergetretenen. Von der „Gesellschaft des Deutschen Buchbinder-Verbands“ wurden 30 Exemplare verkauft.

Im Laufe des Quartals sind 10 Kollegen abgereist; 2 Kollegen sind abgereist, ohne sich abzumelden.

Eingetreten sind 17 Kollegen und 2 zugereist. Von den weiblichen Mitgliedern sind 4 gestrichen und 3 ausgetreten, so daß am Schluß des Quartals ein Mitgliederbestand von 122 männlichen und 39 weiblichen Kollegen vorhanden ist. Die Kollegen der Firma Sprid u. Schröder wurden neu gewonnen.

Den Kassenbericht gab Kollege Welp wie folgt: A. Hauptkasse: Einnahme 947 Mk., Ausgabe 414,92 Mk., abgefallen 532,08 Mk. An Krankengeld zahlte die Hauptkasse an weibliche Mitglieder 88,50 Mk., an männliche Mitglieder 9 Mk. Arbeitslosenunterstützung wurde gezahlt an männliche Mitglieder 160,75 Mk., an weibliche Mitglieder 22,50 Mk. B. Lokalkasse: Einnahme 706,41 Mk., Ausgabe 393,45 Mk., Bestand 306,96 Mk. An Krankengeldunterstützung zahlte die Lokalkasse an weibliche Mitglieder 87 Mk., an männliche Mitglieder 14 Mk.

Sodann mußte für den abgereisten 2. Vorsitzenden, Kollegen Kochen, Neuwahl stattfinden; es wurde Kollege Herdt mit dem Amt betraut.

Wahl. Am Sonnabend, den 23. Juli, fand in unserer Zahlstelle eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Sie beschäftigte sich hauptsächlich mit der Abstimmung über die Invalidenversicherung, worüber von den Kollegen eine rege Debatte geführt wurde. Trotzdem der gute und ideale Zweck von allen Kollegen anerkannt wurde, war doch eine ablehnende Stimmung vorhanden, da die nachfolgende Beitragserhöhung von 60 auf 80 Pf. als entschieden zu hoch für die hiesigen Verhältnisse angesehen wurde. Der zweite Punkt galt dem Artikel der „Buchbinder-Zeitung“: „Etuisarbeiter vor die Front“. Die Bewegungen in Pforzheim, Eilenburg, Eisenberg usw. scheinen unseren Kollegen doch Anlaß zum ernstesten Denken gegeben zu haben, daß es mit der alten Gleichgültigkeit nicht mehr weitergehen kann. Die von dem famosen „Schmuckklub“ so künstlich gesteigerten Lebensmittelpreise scheinen nicht bloß anderwerts, sondern auch den hiesigen Kollegen auf die Nerven gefallen zu sein und sollte ihnen allein schon den Mut geben, unsere Einnahmen mit ihnen wettzumachen. Die Löhne sind in den letzten Jahren nicht etwa gestiegen, sondern bedeutend reduziert worden, hauptsächlich bei den Firmen, wo Akkord gearbeitet wird. Wehrt man sich gegen etwaige Abzüge, so verstehen es die hiesigen Fabrikanten, die Schmutzkonturrenz in anderen Städten vorzuschicken und den Leuten damit die Ohren vollzubrummen, während doch hier offensichtlich selbst bald die größte Schmutzkonturrenz getrieben wird. Allerdings ist agitatorisch hier noch viel zu leisten. Von den 160 Personen, welche hier in unserer Branche beschäftigt sind, sind 30 männliche organisiert. Darum wacht auf, Kollegen, damit wir hier in der von der Natur so herrlich begabten „Ruh“ auch ein menschenwürdiges Dasein führen können und nicht mehr auf eine so lange Arbeitszeit sowie auf die Heimarbeit, ja Frauen- und Kinderarbeit, angewiesen sind, daß der Ruf: „Etuisarbeiter vor die Front“ auch hier nicht ungehört verhallt.

Stuttgart. Bei der am 1. August abgehaltenen vierteljährlichen Hauptversammlung standen folgende Punkte auf der Tagesordnung: Geschäfts- und Kassenbericht, Wahl eines Revisors und Kartelldelegierten, Neuwahl des Gauvorstandes, Feier des Guten Montags. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, gedachte Kollege Schröder der verstorbenen Mitglieder, des Kollegen Zerweid und der Kollegin Kuffner. Die Versammlung ehrte ihr Andenken durch Erheben von den Sihen. Den Geschäftsbericht Schröders ist zu entnehmen, daß im verflossenen Quartal 4 Versammlungen, 11 Vorstandssitzungen, 18 Werksübernehmungen, drei Sitzungen mit der Tarifkommission, 9 diverse Sitzungen, 4 Kartonnagenarbeiterwerbungen und eine Kontobucharbeiterwerbung stattfanden. Die Mitgliederwerbungen waren gut besucht, was aber von den nach dem Verbandstag stattgefundenen Werksübernehmungen nicht gesagt werden kann. Der Mitgliederstand betrug am Schluß des 2. Quartals 714 männliche und 573 weibliche, zusammen 1287 Mitglieder, somit eine Zunahme von 26 Mitgliedern gegen das 1. Quartal. Den Kassenbericht erstattete Frey. Die Einnahmen der Verbandskasse betragen 7366,90 Mk., die Ausgaben 6429,71 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 2561,17 Mk. und eine Ausgabe von 2647,63 Mk. In dieser Summe ist die Feier des 25jährigen Verbandsjubiläums mit einer Ausgabe von 787 Mk. inbegriffen. Das Gesamtvermögen der Lokalkasse stellt sich auf 15377,33 Mk. Bei der sich nun daran anschließenden Diskussion stellte es sich heraus, daß von den Kollegen der Union verschiedene Angriffe und Machinationen gegen den Verband gerichtet wurden, die auf den stattgefundenen Verbandstag zurückzuführen seien. Seininger gibt einen klaren Sachverhalt dieser Angelegenheit und weist das Verhalten der Kollegen in der Union zurück. Schröder führt in seinem Schlußwort aus, es könnten auch einmal Zeiten kommen, wo die Kollegen den Verband notwendig brauchen würden und es deshalb besser wäre, wenn solche Treiberereien unterbleiben. Seitens der Revisoren wird beantragt, dem Kassierer Decharge zu erteilen, da Bücher und Kasse in bester Ordnung angetroffen wurden, was von der Versammlung geschieht. Die Ersatzwahlen mußten mittels Stimmzettels vorgenommen werden, da mehrere Kollegen vorgeschlagen wurden. Als Revisor wurde Lange und als Kartelldelegierter Kappar gewählt. Der seitherige Gauvorstand, der aus den Kollegen Schröder, Frey und Büttner bestand, wurde durch Akklamation einstimmig wiedergewählt. Bei Punkt 4, Feier des Guten Montags, entspann sich eine lebhafteste Debatte und wurde zum Schluß beschloffen, die Feier auf dem Waldheim bei Sillenbuch zu begehen (bei schlechtem Wetter findet sie im Gewerkschaftshaus statt), einen gemeinsamen Abmarsch mit Musik anzugehen, an Kinder in diesem Jahre außer Rampions keine Geschenke zu verabfolgen und die Speisen und den Ausschank des Bieres in eigene Regie zu übernehmen. Die Abstimmung zur Einführung der Invalidenunterstützung ergab für Stuttgart von 448 abgegebenen Stimmen 419 für und 28 gegen die Einführung. Eine der nächsten Versammlungen soll sich mit der Reorganisation des Ortsstatuts befassen. Der Vorstand beantragte, die vor vier Jahren an Kollegen Böck zu viel ausgezahlte Unterstüfung von 28,70 Mk., die der Verbandstag ablehnte, aus der Lokalkasse zu deden, was die Versammlung genehmigte. Auf Veranlassung des Gauvorstandes findet am 28. August ein Gauausflug einzelner Zahlstellen des Gau's 15 statt und fordern wir die Mitglieder auf, sich zahlreich zu beteiligen.

Rundschau.

Der Segen verfrühter Arbeitszeit wird durch den letzten Jahresbericht des preussischen Fabrikinspektors für den Bezirk Königsbärg-Allenstein in trefflicher Weise beleuchtet. Es heißt da:

„Einen unerwartet günstigen Einfluß auf das Familienleben mancher Arbeiter hat in der städtischen Gasanstalt Königsbärg die durch Einführung der Achtstundenschicht geschaffene 16stündige Freizeit ausgeübt. Schon vor längerer Zeit traten einige Arbeiter an die Direktion mit der Bitte heran, ihnen das freiliegende Gelände der Gasanstalt zur Bepflanzung zu überlassen, was auch unentgeltlich geschah. Die Zahl der Bewerber ist inzwischen auf 108 gestiegen, wobei auf jeden Arbeiter etwa 108 Quadratmeter Land kommen. Nach Schluß der Frühsschicht (2 Uhr mittags) begibt sich jetzt nicht selten an schönen Sommer Tagen der von Frau und Kindern begleitete Arbeiter in den ihm überlassenen Garten, um ihn zu bearbeiten und sich an Blumen und Früchten zu erfreuen. Als eine bemerkenswerte Folge der Einführung der Achtstundenschicht ist ein von den Arbeitern der Gasanstalt beim Arbeiterausflusse mehrfach vorgebrachter Wunsch anzusehen, welcher die Anschaffung von Büchern bezweckt.“

Auch eine stärkere Inanspruchnahme der Volksbibliotheken durch diese Arbeiter ist zu verzeichnen.“ Für Unternehmer, die im Arbeiter nur ein Ausbeutungsobjekt, eine Arbeitsmaschine, aber keinen Menschen erblicken, wird zwar diese Feststellung nur Unbehagen erwecken, als kleiner Beitrag zur sittlichen und moralischen Begründung der Forderung auf Verfüzung der Arbeitszeit ist aber dieses Urteil eines preussischen Staatsbeamten trotzdem oder gerade deshalb nicht zu verachten.

Berichtigung.

In der Zusammenstellung des Resultates der Urabstimmung in der letzten Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ haben sich einige bedauerliche Satzfehler eingeschlichen. Es muß heißen bei Gau 5 (Eingelmitglieder): Abgestimmt haben insgesamt 85 Mitglieder; bei Altenburg 13; bei Leipzig 1329. Ferner muß es heißen bei Halle: Mit Nein stimmten 3 (nicht 4) und bei Saarbrücken 1 (nicht 2). Das Gesamtergebnis bleibt unverändert.

Bekanntmachung.

Gau XIII.

Der unterzeichnete Gauvorstand beruft hiermit den III. Gaustag auf Sonntag, den 4. September, vorm. 10 Uhr, nach Neustadt a. d. S., „Restaurant Bahrischer Hof“, ein. Die Tagesordnung wird umständlicher den Mitgliedern mittels Zirkular zugehen. Wir eruchen, in den Zahlstellen mit Vertrauensmannstellen Stellung zu nehmen und etwaige Anträge bis 29. d. M. einfinden zu wollen. Der Gauvorstand.

J. A.: Ph. Armbrust, Mannheim J 2, 1.

Abrechnungen.

Vom 2. Quartal gingen weiter bis zum 9. August bei der Verbandskasse ein: Von Brandenburg mit 60 Mk., Gau 2 — Mk., Bromberg 10 Mk., Görlitz — Mk., Posen 75 Mk., Halberstadt 99,68 Mk., Magdeburg 929,53 Mk., Gau 9 445 Mk., Ruhla

137,92 Mk., Saalfeld 107,47 Mk., Effen 175 Mk., Wiesbaden 100 Mk., Gau 14 — Mk., Gau 15 200 Mk. und von Würzburg mit 200 Mk.

Noch nicht abgerechnet haben: Lützenwalde, Polda, Koblenz, Zwickau, Burgstädt und Pforzheim. E. Haujein.

Adressenänderungen.

Gau IX. Regierungsbezirk Erfurt und Thüringische Staaten. Gauvorort Erfurt: Rich. Thiele, Hebesteterstr. 18, I. Vertrauenspersonen befinden sich in Coburg, Nordhausen, Rudolstadt, Sonneberg, Sondershausen, Schleiz R. J. L., Schmalkalden, Stotternheim und Weisfenfels. Ferner stehen wir durch Eingelmitglieder in Verbindung mit: Bad Kösen, Bad Liebenstein, Greiz i. V., Neustadt bei Coburg, Pöbneck, Roda, Sangerhausen, Stadtilm, Steinach S.-M., Unterweißbach, Waltershausen und Zeulenroda. Zahlstelle Gagen i. W. Bevollmächtigter: Fr. Winne, Goldbergstr. 13.

ANZEIGEN

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Stuttgart.

Nach kurzer Krankheit ist am 9. Juli unser treues Mitglied, der Kollege

Friedr. Zerweck

aus Neulingen im Alter von fast 25 Jahren gestorben.

Am 29. Juli starb an den Folgen der Entbindung unsere treue und liebe Stöcklerin, das langjährige Mitglied

Pauline Ruffner, geb. Klent

aus Staffental im Alter v. 32 Jahren.

Diesen pflichttreuen verstorbenen Mitgliedern werden wir ein ehrendes Andenken bewahren.

Zahlstelle Stuttgart.

Düsseldorf.

Unserem lieben Freunde und Kollegen Alois Ritter nebst Frau die besten Glückwünsche zu ihrer Vermählung.

P. P. F. L. A. K. B. A.
A. E. M. S.

Wer die Adresse des

Kollegen **Max Geyer** zuletzt in Greiz, kennt, teile sie der Zahlstelle Zwickau mit.

Unserem langjährigen Kassirevisor, Kollegen **Karl Hopp**, und seiner lieben Braut **Fr. Flora Buchser** zur Vermählung, sowie dem Kollegen und Hofgutsbesitzer **Hans Frefan** nebst Braut die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle Freiburg.

Perfekte Anlegerin

für Liniermaschinen sofort für dauernd gesucht. **Ferd. Nshelm, Berlin, Wilbenowstraße 21.**

Junger Buchbinder

Meistersohn, 21 Jahre alt, sucht für 1. od. 15. Sept. Stelle, wo er ev. mit im Laden tätig sein kann. Werte Adressen erbeten an **S. Fickenscher, Waldheim.**

Anton Spindler, Leipzig-Th.

Vorteilhafte Bezugsquelle

in besten Rotguss-Schriften, Gravuren für Presse und Handvergoldung
Sämtliche Ueberzug-u. Vorsatzpapiere
Japanische Neuheiten
Maschinen, Werkzeuge u. Materialien zu äussersten Preisen
Beste Bedienung! Grosse Musterauswahl!

Inserate finden nur Aufnahme wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.

Berlin.

Sonntag, den 28. August 1910

Grosse Matinee

im Konzert-Etablissement Friedrichshain, Königstor.

veranstaltet vom Buchbinder-Männerchor, Leipzig und Gesangverein Liberté, Berlin. Mitglieder des D.-M.-S.-V.

Chormeister die Herren C. Schiebold und P. A. Joseph.

Mitwirkende: Konzert- und Opernsängerin Fräulein Lotti Eichstädt (Sopran), Herr Georg Haerdel (Orgel).

Anfang präzise 11 1/2 Uhr.

Eintritt 10 1/2 Uhr an.

Eintritt 50 Pf., im Vorverkauf 40 Pf.

Die Matineebillets berechnen auch zum Eintritt für das Nachmittagskonzert.

Abends von 7 Uhr an großer Festball.

Billets zu haben in allen mit Plakaten belegten Stellen sowie bei den Mitgliedern des Gesangvereins Liberté.

Tüchtiger Goldschmittmacher

gesucht, der auf geraden und schrägen Goldschnitt an Karten geübt ist. Ausführliche Angebote unter **N. Z. 66** an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Gold-

Gummi, Kehrgold, Watte, Lappen kauft

Max Schäfer, Leipzig, Albertstrasse 8.

Als Goldschmied verarbeite das Gold selbst und zahle deshalb höchste Preise, Kasse am Tage der Zusendung.



Kostenfreier Arbeitsnachweis für Buchbinder
O. Th. Winckler, Leipzig

Für jeden Berufsgenossen von hohem Wert ist die Geschichte des Deutschen Buchbinder-Verbandes und seiner Vorläufer

Preis: für Mitglieder 2,30 Mk. für Nichtmitglieder 3,30 Mk. (einschließlich Porto)

Der vorliegende 1. Band gibt einen zusammenfassenden Ueberblick über die Geschichte der Organisation in unserem Berufe bis zur Gründung des jetzigen Verbandes. Er enthält eine reichhaltige Dokumentensammlung und bietet jedem Berufsgenossen außerordentlich viel interessante Momente aus der Vergangenheit. Ein jedes unserer Mitglieder sollte im Besitze des Wertes sein, das auch durch sein vornehmeres Aeußere jeder Bibliothek zur Zierde gereicht.

Patzenhofer Auschank!

Weißbier-Lokal, Billard, Vereinszimmer fassend 30-40 Personen. Echten Dresdener Korn, echten Bismarck, Speisen und Getränke in bekannter Güte.

Eugen Lenk
Schönleinstr. 7, am Hohenstaufenplatz genannt Zickenplatz.

Bei Blutarmut, Bleichsucht,

Blutarmen Zuständen, bei denen eine Mehrung der Blutmenge und Beförderung der Blutfeschaffenheit notwendig ist, z. B. nach Blutverlusten (Operationen, Wochenbetten usw.), Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenkrankheiten, nach überstandenen erschöpfenden Krankheiten usw. werden warm empfohlen Trankturen im Laufe mit

Lamscheider Stahlbrunnen.

„In allen Fällen sahen wir die Symptome der Chlorose (Bleichsucht) sehr bald verschwinden und einem körperlichen und seelischen Wohl befinden Platz machen, das um so schneller eintrat, je schwerer die einzelnen Fälle waren. Die Patienten erholten sich merkwürdig schnell. Ödeme und Schmerzen in den Füßen verschwanden, der Appetit nahm zu, die Kopfschmerzen ließen nach, gesunder Schlaf stellte sich ein, die Müdigkeit machte einer gewissen Arbeitsfreudigkeit Platz.“ — „Ich teile Ihnen mit, daß ich bei den verschiedenen Erkrankungen des Magens, auf nervöser Grundlage basierend, Ihr Wasser mit gutem Erfolg angewandt habe und dasselbe seit mehreren Jahren in vor kommenden Fällen gern empfehle.“ — Ausführliche Mitteilungen über Kurverfolge, Bezug des Brunnenkostenlos durch: Lamscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf SW. 123.